



18. Sitzung

Berlin, Sonnabend, 21. September 2002

Inhalt	Seite
Geschäftliches	
Aufruf zu den Wahlen zum Deutschen Bundestag _____	1113 (A)
Geburtstagsglückwünsche für Abg. Czaja _____	1113 (A)
Aktuelle Stunde	
Gift für Berlin – der rot-rote Senat muss sich zu seinen Streichlisten bekennen _____	1113 (B)
verbunden mit	
Große Anfrage	
Sarrazins Giftliste – ein tragisches Dokument ziel- und konzeptionsloser Finanzpolitik gegen die gesamte Berliner Gesellschaft – Drs 15/808 – _____	1113 (B)
verbunden mit	
Anträge	
Haushaltskonsolidierung statt Giftliste – Drs 15/811 – _____	1113 (B)
Der gesamte Senat soll sich seiner Verantwortung stellen – Drs 15/812 – _____	1113 (C)
Annahme einer Entschließung über Berlins Finanzen in Ordnung bringen – Handlungsspielräume für die Zukunft sichern – Drs 15/813 – _____	1113 (C)
Abg. Dr. Steffel (CDU) _____	1113 (C)
Abg. Müller (SPD) _____	1115 (C)
Abg. Dr. Lindner (FDP) __	1117 (D), 1127 (D), 1132 (C)

Inhalt	Seite
Abg. Liebich (PDS) _____	1120 (C)
Abg. Wieland (Grüne) _____	1122 (D)
RBm Wowereit _____	1124 (C), 1126 (B), 1127 (A) 1128 (A), 1129 (B)
Abg. Czaja (CDU) _____	1126 (B)
Abg. Niedergesäß (CDU) _____	1127 (A)
Abg. Wellmann (CDU) _____	1129 (B)
Abg. Zimmer (CDU) _____	1129 (D)
Frau Abg. Dunger-Löper (SPD) _____	1131 (B)
Abg. Krüger (PDS) _____	1133 (B)
Abg. Eßer (Grüne) _____	1133 (D)
Beschluss _____	1136 (A)

(A) Präsident Momper eröffnet die Sitzung um 10.03 Uhr.

Präsident Momper: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sondersitzung – dies ist die 18. Sitzung – des Abgeordnetenhauses von Berlin und begrüße Sie, unsere Gäste und Zuhörer sowie die Medienvertreter, die zahlreich auf den Zuhörerbanken sitzen, sehr herzlich.

Bevor wir gleich in den notwendigen politischen Streit und das Ringen der Fraktionen um den besten haushaltspolitischen Weg eintreten, möchte ich von dieser Stelle aus in Ihrem Namen und für das Abgeordnetenhaus alle Berlinerinnen und Berliner aufrufen, morgen zur Wahl zu gehen und zu wählen.

[Allgemeiner Beifall]

Morgen können wir alle darüber entscheiden, wer in den nächsten Jahren die Politik in unserem Land bestimmt. Wir wollen nicht vergessen, dass das Recht auf freie und geheime Wahl auf der Welt immer noch Millionen von Menschen verweigert wird. Wir aber haben dieses Recht, und niemand von uns sollte darauf verzichten, es auch wahrzunehmen. Wer nicht wählt, soll sich später auch nicht beklagen, wenn die politische Richtung von denen bestimmt wird, die er nicht haben will. Über allem Parteienstreit sollten wir nicht vergessen, dass die Bundestagswahl kein Selbstzweck ist. Unser Land wird in den nächsten Jahren schwierige Aufgaben und Zukunftsentscheidungen vor sich haben. Dafür wird es wichtig sein, dass diejenigen, die die politische Verantwortung tragen, sich auf stabile Mehrheiten stützen können. Deshalb ist ein deutliches Wahlergebnis wichtig. Alle Umfragen haben übrigens gezeigt, dass es diesmal wirklich auf jede Stimme ankommt. Im Namen des Abgeordnetenhauses rufe ich alle Berlinerinnen und Berliner auf, morgen von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und sich an den Wahlen zum Deutschen Bundestag zu beteiligen.

In unserer Mitte hat der Kollege Mario Czaja heute Geburtstag. Ich gratuliere ihm herzlich!

(B) [Allgemeiner Beifall]

Alles Gute, Herr Czaja, und was gibt es Schöneres, als den Geburtstag im Abgeordnetenhaus zu verbringen!

[Allgemeine Heiterkeit]

Mit Schreiben vom 18. September 2002 – eingegangen beim Präsidenten um 12 Uhr – beantragt die Fraktion der CDU gemäß § 56 Absatz 1 Satz 2 unserer Geschäftsordnung die unverzügliche Einberufung des Abgeordnetenhauses von Berlin. Die Einladung ist Ihnen rechtzeitig am 18. September zugegangen. Die Große Anfrage der Fraktion der CDU – Drucksache 15/808 – haben Sie ebenfalls in Kopie zusammen mit der Einladung erhalten. Ich schlage Ihnen vor – und dies ist auch so verabredet –, die beiden einzigen Tagesordnungspunkte miteinander zu verbinden.

Ich rufe also auf

Ifd. Nr. 1:

Aktuelle Stunde zum Thema „Gift für Berlin – der rot-rote Senat muss sich zu seinen Streichlisten bekennen“

in Verbindung mit

Ifd. Nr. 2, Drucksache 15/808:

Große Anfrage der Fraktion der CDU über Sarrazins Giftliste – ein tragisches Dokument ziel- und konzeptionsloser Finanzpolitik gegen die gesamte Berliner Gesellschaft

Dazu sind drei Anträge eingegangen:

Drucksache 15/811:

Antrag der Fraktion der Grünen über Haushaltskonsolidierung statt Giftliste

Drucksache 15/812:

Antrag der Fraktion der FDP über der gesamte Senat soll sich seiner Verantwortung stellen

(C)

Drucksache 15/813:

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS auf Annahme einer Entschließung über Berlins Finanzen in Ordnung bringen – Handlungsspielräume für die Zukunft sichern

Die Anträge sind in die Diskussion einzubeziehen. Wir werden dann im Anschluss an die Debatte in der Reihenfolge der Eingänge darüber abstimmen.

Die Fraktionsgeschäftsführer und der Ältestenrat empfehlen eine Gesamtredezeit von 20 Minuten pro Fraktion in freier Aufteilung auf die Redebeiträge. Nach einer ersten Fraktionsrunde erhält der Senat die Möglichkeit, die Große Anfrage zu beantworten. In der Redefolge beginnt die antragstellende Fraktion der CDU. Der Herr Fraktionsvorsitzende Dr. Steffel hat das Wort. – Bitte schön!

Dr. Steffel (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutige Parlamentssitzung ist notwendig geworden, weil ein Teil der vom Finanzsenator lange angekündigten Sparliste seit einigen Tagen auf dem Tisch liegt

[Dr. Flemming (SPD): Auf welchem Tisch?]

und den Berlinerinnen und Berlinern Verunsicherung und Angst einjagt. Wie die SPD-Fraktion angesichts der Debatten in Berlin, Herr Müller, und der Berichterstattung über diese Sparliste zu der Einschätzung kommen kann, dass es sich heute hier bei der Sitzung des Berliner Parlaments um eine Showveranstaltung handelt ist, zumindest mir völlig schleierhaft und angesichts der Reaktionen aller gesellschaftlichen Gruppen in Berlin geradezu zynisch.

(D)

[Beifall bei der CDU, der FDP und den Grünen]

Man hat den Eindruck, dass Sie, meine Damen und Herren von der SPD, die Kommentare der Betroffenen und die Überschriften der großen Berliner, aber auch überregionalen Tageszeitungen kalt lassen. Der DGB spricht von einem „finanzpolitischen Amoklauf“. Der IHK-Präsident schreibt sofort an den Regierenden Bürgermeister und stellt „massive Verunsicherung“ fest. Der Präsident des Landessportbundes sagt, dass Berlin „diesen Finanzsenator nicht verdient hat“. Der „Tagesspiegel“ kommentiert: „Gift für Berlin“. Die „Berliner Morgenpost“ kommentiert, dass „die Tage des politisch instinktlosen Finanzsenators gezählt sind“.

[RBm Wowereit: Da soll es doch noch jemanden geben!]

Die „Berliner Zeitung“ spricht von „Sarrazins Geiselnahme“. Die „BZ“ spricht von „einem schonungslosen Schlag ins Gesicht der Berliner“. Selbst das „Neue Deutschland“ – immerhin – vermeldet „Entsetzen über diese Vorschläge“.

[Gaebler (SPD): Sie haben die „taz“ vergessen!]

Dass Ihnen die Reaktionen der Oppositionsparteien in diesem Parlament lästig und egal sind, wundert uns schon lange nicht mehr. Dass Ihnen allerdings die Reaktionen der Berlinerinnen und Berliner und fast aller gesellschaftlichen Gruppen lästig und egal sind, zeigt nur, was Sie unter Ihrem Mentalitätswechsel wirklich verstehen.

[Beifall bei der CDU]

Eine Wahlkampfshow, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, veranstaltet Ihr Spitzenkandidat und Bundestagspräsident Thiere, der vollmundig verspricht, dass eine rot-grüne Bundesregierung nach einem Wahlsieg Berlin endlich das große Geld gibt. Er hat sich zwar sofort eine Absage vom Finanzminister Eichel eingefangen, aber der Regierende Bürgermeister erklärt heute, nachdem er aus dem Hamburger Nachtleben –

Dr. Steffel

(A) herzlich willkommen! – zurückgekehrt ist, er verklage den Bund – egal, wer nach der Wahl regiere. Das ist eine Wahlkampfshow, und das ist vor allen Dingen konzeptlos.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Die lange angekündigte Sparliste aus dem Hause des Finanzsenators ist kein Versehen, sondern ein wichtiges Dokument für die Zukunft Berlins. Über dieses Dokument müssen wir dringend sprechen, und zwar hier im Abgeordnetenhaus von Berlin – in aller Sachlichkeit und vor den Augen der Berliner Öffentlichkeit.

Weshalb halten wir diese Sparliste für ein so aufschlussreiches Dokument?

[Dr. Flemming (SPD): Was für ein Dokument?]

Erstens, weil der bislang eher passiv agierende Berliner Senat sich offenbar zumindest auf das Handeln vorzubereiten scheint.

Zweitens, weil die Geheimniskrämerei um diese Sparliste bezeichnend für das politische Verständnis der Berliner Sozialdemokraten ist. Der Koalitionspartner war nicht informiert. Die Betroffenen werden nicht beteiligt. Die Berlinerinnen und Berliner werden verängstigt.

Drittens, weil diese Liste so aufschlussreich ist, da sie neben Rücksichtslosigkeit und Ratlosigkeit auch ein Dokument der Gefühllosigkeit ist.

[Oh! von der SPD]

Wenn dieses Dokument der Gefühllosigkeit nur eine Liste unbedeutender, – wie Sie sagten, Herr Senator – bleicher und übelriechender Beamter wäre, dürften Sie hier und heute reden und dürften diese Liste selbstverständlich sofort zurückziehen. Aber, Herr Finanzsenator, Sie dürfen heute nicht reden. Als vor einigen Wochen, am Ende der Haushaltsberatung der Regierende Bürgermeister Sie vor aller Öffentlichkeit bloßstellte, dachten wir alle, es handele sich um einen einmaligen Vorgang. Aber, Herr Finanzsenator, dass Ihr Regierender Bürgermeister Sie heute nicht die Große Anfrage beantworten lässt, muss Sie mehr als demütigen.

(B)

[Beifall bei der CDU – Doering (PDS): Sie haben Ihre Anfrage doch an den Regierenden Bürgermeister gerichtet!]

Ich glaube, Herr Sarrazin, dass Sie heute dabei sind, sich politisch totzuschweigen.

Herr Wowereit, Sie haben gesagt, der Finanzsenator sei nur ein Teil der Landesregierung und bestimme nur zu einem Teil die Politik. Die Gesamtverantwortung – da haben Sie Recht – tragen Sie als Regierender Bürgermeister.

[RBm Wowereit: Das ist richtig!]

Ich ergänze ausdrücklich: Auch wir fühlen uns als Opposition von heute verantwortlich für gemeinsame Jahre in der großen Koalition, in denen in Berlin viel aufgebaut wurde, in denen aber auch Fehler gemacht wurden. Der schwerwiegendste Fehler verbindet uns bis heute mit der Bankenaffäre.

Was heißt Verantwortung? – Erstens – darin unterscheiden wir uns – müssen wir zwar sparen und konsolidieren, dürfen dies aber nicht auf die Ausgabenseite reduzieren, sondern müssen vor allen Dingen und verstärkt die Einnahmeseite im Blick haben.

[Beifall bei der CDU]

Zur Konsolidierung haben wir viele Vorschläge gemacht

[Doering (PDS): Wo denn?]

und fragen uns bis heute beispielsweise, warum Sie die Verwaltungsreform nicht umsetzen, die Vorschläge der Scholz-Kommission zur Staatsaufgabenkritik nicht anpacken, die Oberfinanzdirektion nicht abschaffen, das Facility-Management – ein Vorschlag unseres ehemaligen Finanzsenators Peter Kurth – nicht endlich umsetzen und die Vermögensaktivierung seit 16 Monaten blockieren.

(C) Aber Verantwortung bedeutet auch, dass Sie den Berlinerinnen und Berlinern endlich eine zweite Liste vorlegen müssten, und zwar eine Liste, mit der Sie die Wirtschaftskraft in Berlin steigern, die kleinen und mittleren Unternehmen entlasten und Arbeitsplätze sichern, neue Arbeitsplätze schaffen wollen

[Beifall bei der CDU, den Grünen und der FDP]

und mit der Sie Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen wieder eine Perspektive in Berlin geben. Auf diese Liste, Herr Regierender Bürgermeister, warten die Berlinerinnen und Berliner seit nunmehr 16 Monaten.

Deshalb fordern wir Sie noch einmal auf: Setzen Sie unser **Sofortprogramm für Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum** um, oder machen Sie wenigstens endlich eigene Vorschläge. Unser Programm kann sehr schnell realisiert werden, ist praktisch kostenneutral, entlastet die kleinen und mittleren Unternehmen und stößt sofort ein Wachstum bei Arbeit und Beschäftigung in unserer Stadt an.

Verantwortung heißt aber auch Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit, damit man nicht sofort mit In-Kraft-Treten des neuen Haushalts eine **Haushaltssperre** verhängen muss. Heben Sie endlich diese Haushaltssperre, die die 16 Monate Ihrer Amtszeit begleitet, Herr Regierender Bürgermeister, auf, und beenden Sie diese arbeitsplatzvernichtende Maßnahme, die keinerlei Planungssicherheit für die öffentliche Hand und insbesondere für die Berlinerinnen und Berliner bedeutet.

[Beifall bei der CDU]

Herr Regierender Bürgermeister, was heißt Verantwortung noch? – Verantwortung bedeutet: Gerade wenn man – und das sagen Sie – entschlossen und vielfach schmerzhaft vorgehen will, die Berlinerinnen und Berliner mitzunehmen, zu motivieren und ihnen zu erklären, wofür sie sparen sollen, anstatt sie zu verschrecken und bewusst Widerstände zu provozieren.

(D) **Präsident Momper:** Herr Dr. Steffel, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Steffel (CDU): Nein, da meine Redezeit kurz ist. – Anstatt aber die Berlinerinnen und Berliner zum Mitmachen aufzufordern, drohen Sie ihnen mit Schlägen. Die meisten Ihrer Sparvorschläge sind aber keine Vorschläge, sondern Anschläge; Anschlag auf die Attraktivität und Zukunft Berlins.

Finanzsenator Sarrazin hat jüngst wörtlich erklärt:

Ich habe eine Liste mit 300 konkreten Sparvorschlägen in der Schublade.

Bislang sind uns nur 80 Vorschläge bekannt. Heraus mit der Sprache, Herr Finanzsenator! Was sind die anderen Vorschläge?

[Beifall bei der CDU]

Welche Inhalte haben sie? Was wollen Sie damit tun? Was wollen Sie erreichen? – Sagen Sie es uns heute hier unmissverständlich, und zwar wenige Stunden vor einer für Berlin äußerst wichtigen Wahl.

[Zurufe von der SPD]

Wir erwarten nicht, Herr Regierender Bürgermeister, dass Sie heute alle 80 Punkte zurückziehen, aber die Berlinerinnen und Berliner erwarten heute sehr wohl, dass Sie mindestens zu einigen Sparvorschlägen eindeutige Garantieerklärung abgeben.

Geben Sie den Berlinerinnen und Berlinern Ihr Wort, dass Sie an die Streichung der **Zuwendung für Verfolgte des Naziregimes** nicht einmal denken!

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Diese Vorschlag ist historisch, moralisch und menschlich schamlos. – Geben Sie den Berlinerinnen und Berlinern Ihr Wort, dass das **Freizeit- und Erholungszentrum in der Wuhlheide** nicht

Dr. Steffel

(A) geschlossen wird! Dieser Vorschlag zerstört eine einmalige Jugendeinrichtung von weit überregionaler Bedeutung mit weit über einer Million Besucherinnen und Besuchern im Jahr.

[Mutlu (Grüne): Was ist denn das für ein Gesinnungswandel?]

Geben Sie den Berlinerinnen und Berlinern Ihr Wort, dass die Berliner Opern, der Friedrichstadtpalast, das Berliner Ensemble, die Berliner Sinfoniker und die Schaubühne erhalten bleiben! Dieser Vorschlag nimmt den Berlinern Lebensfreude und Identität und fügt der **Berliner Kulturlandschaft** unwiederbringlich Schaden zu.

[Beifall bei der CDU]

Geben Sie, Herr Regierender Bürgermeister, den Berlinerinnen und Berlinern Ihr Wort, dass der **Tierpark Friedrichsfelde** nicht geschlossen wird!

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Dieser Vorschlag missachtet die Gefühle vieler Berliner, die zu Recht auf ihren Tierpark stolz sind und ihn seit langen Jahren lieben. – Geben Sie den Berlinerinnen und Berlinern Ihr Wort, dass Investitionsförderung, Filmförderung, Liquiditätsfonds, Wirtschaftsfördermittel und die Meistergründungsprämie nicht wegfallen! Diese Vorschläge verhindern Existenzgründungen, gefährden unsere kleinen und mittleren Unternehmen und bedeuten nachhaltig steigende Arbeitslosigkeit.

[Beifall bei der CDU]

Geben Sie, Herr Regierender Bürgermeister, den Berlinerinnen und Berlinern Ihr Wort, dass Sie in den kommenden zwei Jahren nicht 70 Millionen € bei **Behinderten** und den Schwächsten unserer Gesellschaft einsparen!

[Beifall bei der CDU]

Diese Vorschläge sind kaltschnäuzig und belasten gerade die Menschen, die unsere größte Solidarität und Hilfsbereitschaft benötigen. – Geben Sie den Berlinerinnen und Berlinern Ihr Wort, dass keine 25 000 **Studienplätze** in Berlin wegfallen! Dieser Vorschlag bedeutet den Abschied vom Wissenschaftsstandort Berlin und zeigt, dass Bildung bei Ihnen nur im Wahlkampf Priorität genießt.

(B)

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Geben Sie den Berlinerinnen und Berlinern Ihr Wort, dass die **Sportförderung** nicht eingestellt wird und die Vereine und der Breitensport nicht mit 50 Millionen € an den Betriebskosten beteiligt werden!

[Beifall bei der CDU]

Dieser Vorschlag wird der großen sozialen Bedeutung des Sports und dem großartigen Engagement tausender ehrenamtlicher Trainer und Betreuer nicht gerecht. – Geben Sie den Berlinerinnen und Berlinern Ihr Wort, dass die **Kitagebühren** nicht erhöht oder gar verdoppelt werden!

[Beifall bei der CDU]

Dieser Vorschlag vertreibt junge Familien aus Berlin, belastet allein Erziehende und macht Berlin weder kinderreicher noch kinderfreundlicher. Ihre angebliche Sparliste ist keine Sparliste, sondern eine Kapitulationsurkunde vor der Zukunft Berlins.

Ihre Schließungsdebatte macht das Bemühen zur Umstrukturierung, das Einwerben von Drittmitteln, das Finden von Sponsoren und die Berufung von Künstlerinnen und Künstlern, auch von Wissenschaftlern für viele Einrichtungen fast unmöglich. Wer kommt in eine Stadt, wenn er nicht weiß, ob das Theater, für das er arbeiten möchte, oder die Universität, für die er arbeiten möchte, morgen überhaupt noch existieren? Ihre konzept- und kopflosen Vorschläge setzen keine Schwerpunkte. Sie machen nicht deutlich, wohin Sie mit Berlin eigentlich wollen. Sie haben einfach keine Vorstellungen von der Zukunft Berlins. Bei Ihnen hat man den Eindruck, Sie verwalten lediglich den Mangel, statt die Zukunft zu gestalten.

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der FDP]

(C) Es verstärkt sich die Befürchtung, dass nach Ihrer Amtszeit die Zeit der Metropole Berlin abgelaufen sein wird.

[RBm Wowereit: Oh! –

Gelächter bei der SPD, der PDS und den Grünen]

Die Völker der Welt werden dann nicht mehr auf Berlin schauen, und Berlin wird eben keine Reise mehr wert sein. Sie beschädigen durch Ihre Vorschläge, allein durch die Debatte der genannten Vorschläge, das Bild Berlins in aller Welt. Diese Stadt wird nicht attraktiver, sondern weniger attraktiv.

[Beifall bei der CDU]

Herr Regierender Bürgermeister, Ihre Vorschläge machen Berlin nicht reicher, nein, sie machen Berlin ärmer. Ihr Finanzsenator hat Berlin schweren Schaden zugefügt. Sie sollten die Konsequenzen ziehen.

[Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall des Abg. Dr. Lindner (FDP)]

Präsident Momper: Danke schön, Herr Dr. Steffel. – Das Wort für die SPD-Fraktion hat nunmehr der Fraktionsvorsitzende Herr Müller. – Bitte schön, Herr Müller!

Müller (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Einige Worte zu meinem Vorredner.

[Pewestorff (PDS): Aber nicht zu viele!]

Ihre Rede reiht sich leider ein in all das, was wir seit langer Zeit hier von Ihnen schon immer gehört haben. Es ist nach wie vor so, dass Sie keine eigenen Konzepte haben, keine eigenen Überlegungen anstellen. Der Mentalitätswechsel, den Sie ansprechen, hat sich bei Ihnen mit Sicherheit nicht eingestellt, Herr Steffel.

[Beifall bei der SPD und der PDS – Zuruf von den Grünen: Stoiber!]

(D) Schon allein, dass Sie sagen: Warum redet heute der Regierende Bürgermeister und nicht der Finanzsenator? – Ihre von Ihnen formulierte Große Anfrage ist an den Regierenden Bürgermeister gerichtet. Und wie würden Sie reagieren, wenn er nicht antworten würde, sondern der Finanzsenator?

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Sie haben uns hier wieder Ihre alten Vorstellungen präsentiert, einfache Lösungen: Hebt doch einfach die **Haushaltssperre** auf. – Aber wie, wie umgehen mit den Problemen in der Stadt, mit weiteren drohenden Steuerausfällen? – Kein Wort von Ihnen zu diesen Themen. Es bleibt eine konzeptionslose Rede. Und ich glaube, da wird auch in Zukunft nicht mehr von Ihnen kommen.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Ich will ein weiteres Beispiel nennen, wo nicht klar ist, wie Sie überhaupt finanzpolitisch agieren wollen in der nächsten Zeit, das Beispiel der **Verfassungsklage**. Pauschal lehnen Sie alle Überlegungen zur Einsparung ab. Von Ihnen selbst kommt nichts, gleichzeitig bringen Sie die Verfassungsklage ein, wo Sie kritisieren, dass die Kredite immer noch über den Investitionen liegen. Aber wie eigentlich wollen Sie darauf reagieren, wenn das Gericht Ihrem Antrag stattgibt? – Dann müssen sofort 4 Milliarden € aus einem laufenden Haushalt herausgeschnitten werden. Wie wollen Sie als Union darauf eigentlich reagieren? – Darauf müssten Sie antworten.

[Beifall bei der SPD und der PDS – Zuruf des Abg. Niedergesäß (CDU)]

Nein, offensichtlich ist die Situation, in der sich Berlin befindet, bei Ihnen noch nicht angekommen. Ich will es noch einmal deutlich sagen. Wir befinden uns in einer Situation, in der das Land Berlin 40 Milliarden € Schulden hat, wo wir mit rund 17 % Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben, wo wir über Strukturentscheidungen ringen müssen und über den besten Weg, wie wir aus dieser Situation herauskommen, wo wir Handlungsspielraum für künftige Generationen zurückgewinnen wollen.

Müller

(A) Ich werde Ihnen ein Beispiel nennen, wie in dieser Situation, in dieser dramatischen Situation des Landes Berlin Ihre Finanzpolitik aussieht. Darüber hat gestern die „Morgenpost“ berichtet. Da haben sich die Spitzen der Union für den **Tierpark** eingesetzt – kann man machen, aus gutem Grund kann man sich für den Tierpark engagieren.

[Beifall bei der CDU]

Aber da steht unter einem wunderbaren Bild: „Der CDU-Protest vor dem Tierpark: Georg Eickhoff, Christoph Stölzl, ein Braunbär und Günter Nooke.“

[Heiterkeit bei der SPD –
Zuruf des Abg. Krestel (FDP)]

– Das ist der Protest. Das ist die Finanzpolitik der Union, immer klein-klein. Immer diese alte Westberliner Nummer. Jedem alles versprechen.

[Starker Beifall bei der SPD und der PDS –
Beifall der Abgn. Dr. Lindner (FDP) und Matz (FDP) –
Czaja (CDU): Das hat die PDS vorher genauso gemacht! –
Bm Wolf: Das ist ja das Schlimme! –
Zuruf des Abg. Gewalt (CDU)]

Nein, meine Damen und Herren, ich hatte von Anfang an kein gutes Gefühl bei dieser Sitzung.

[Zuruf des Abg. Gram (CDU)]

Ich glaube, es wäre heute, einen Tag vor der Bundestagswahl – Herr Gram – besser gewesen, wenn die politischen Vertreter dieses Hauses auf der Straße gestanden und ihre politischen Überzeugungen den Bürgerinnen und Bürgern vermittelt hätten.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Es wäre besser gewesen, als hier diese Wahlkampfshow der Union über sich ergehen zu lassen, die keinen anderen Sinn hat, als von schlechten Umfragewerten abzulenken.

(B)

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Und wo wären wir denn da auch hingekommen, wenn wir in all den zurückliegenden Jahren immer Sondersitzungen des Parlaments gemacht hätten, wenn irgendwo eine Liste aufgetaucht ist.

[Dr. Lindner (FDP): Ja, ja! –
Wieland (Grüne): So etwas hatten wir noch nie,
dass sich ein Senator hinstellt und sagt,
ich habe da etwas in der Schublade!]

Wie oft hat es das in den letzten Jahren gegeben, dass aus allen Verwaltungen diverse Überlegungen von Beamten in der Öffentlichkeit aufgetaucht sind, und wir haben immer deutlich gesagt, die Überlegungen sind das eine, das politische Bewerten ist etwas anderes.

[Beifall bei der SPD –
Czaja (CDU): Die PDS hat nicht geklatscht!
Die findet das gar nicht lustig!]

Ich sage deswegen auch ganz deutlich zu der Liste, die derzeit in den Medien kursiert: Das ist ein vorläufiges Ergebnis der Arbeit von Referenten der Finanzverwaltung. Deren Aufgabe ist es ja geradezu, alle Überlegungen anzustellen und genau zu prüfen, wo man denn im Haushalt theoretisch Einsparungen vornehmen kann. Und es ist auch die Aufgabe des Finanzsenators, genau zu solchen Überlegungen zu ermuntern.

Aber auch das sage ich ganz deutlich: Nicht alles, was es vielleicht an theoretischen Möglichkeiten gibt, muss man aufschreiben. Herr Finanzsenator, ich kann Sie auch nur dazu ermuntern, mit Ihren Finanzbeamten diese Punkte einmal ganz genau durchzugehen

[Czaja (CDU): Sonst kann er sich das nicht merken!]

und zu sagen, Ihre Mitarbeiter können noch hundert Mal aufschreiben, dass Sie an die **Rente für die NS-Verfolgten** heran-

gehen oder die **Kitagebühren** verdoppeln wollen: Das wird es mit der SPD-Fraktion nicht geben. Dafür wird es keine Mehrheit in diesem Parlament geben. (C)

[Beifall bei der SPD und der PDS –
Zuruf des Abg. Dr. Lindner (FDP) –
Czaja (CDU): Werden wir ja sehen! –
Zuruf des Abg. Krestel (FDP)]

Dann kann man das auch lassen. Aber es ist, wie gesagt, Aufgabe der Verwaltung, und es wird auch von der Opposition geradezu erwartet, dass Vorschläge erarbeitet werden.

[Dr. Lindner (FDP): Seit einem halben Jahr warten wir!
Was habt ihr denn gemacht?]

Wenn diese Vorschläge dann irgendwie bekannt gemacht werden sollen, müssen sie bewertet werden, sie müssen von der Politik, vom Senat, vom Parlament bewertet werden. Deswegen bleibt es an dieser Stelle ganz eindeutig bei dem Satz: Alles, was im Kitabereich mit der hundertprozentigen Erhöhung aufgeschrieben wurde,

[Dr. Lindner (FDP): 80!]

wird nicht umgesetzt. Dazu hat es in den letzten Tagen deutliche Erklärungen von SPD und PDS gegeben.

[Beifall bei der SPD]

Und ich will Ihnen auch sagen, warum das an der Stelle nicht umgesetzt wird: weil unsere politischen Prioritäten im Bildungsbereich bleiben,

[Oho! von der CDU]

sie bleiben bei Bildung, sie bleiben bei Kultur und Wissenschaft. Das sind die Zukunftsbereiche dieser Stadt, das sind die Pfunde, mit denen wir wuchern können und wuchern wollen in der Zukunft.

[Gram (CDU): Herr Müller, Sie kriegen
ja so eine lange Nase!]

(D)

Entsprechend wird man auch handeln müssen, auch in Zeiten knappster Kassen. Aus diesem Grund werden wir daran nicht gehen. Dort liegt die Zukunft, dort liegt die Chance für Arbeitsplätze, dort liegt die Zukunft für die nächste Generation in unserer Stadt.

[Beifall bei der SPD und der PDS –
Zuruf des Abg. Eßer (Grüne) –
Hört, hört! von der CDU]

Auch aus einem weiteren Grund wird es nicht gehen, weil auch in Zeiten knappster Kassen ein Haushalt sozial gerecht und sozial verantwortbar bleiben muss, ohne dass sofort neue Tabubereiche aufgebaut werden. Ich glaube, die Berlinerinnen und Berliner wollen die Wahrheit hören. Sie haben einen Anspruch darauf, zu erfahren, welche Konzepte welche Fraktion vorlegt, wie man vorgehen will bei dieser Haushaltssituation, die wir in der Stadt haben.

[Eßer (Grüne): Ist Kita nun
Bildungseinrichtung oder nicht?]

Die Berlinerinnen und Berliner werden sehr genau verfolgen, wer den Mut hat, deutlich auszusprechen, wo wir stehen.

[Dr. Lindner (FDP): Ganz richtig!]

Da muss nicht alles sofort der große Wurf sein, da muss nicht alles eine neue Idee sein, aber sie wollen auch nicht die alten Kamellen hören, die zu nichts führen. Ich will auch dafür ein Beispiel nennen: Wir haben von Herrn Kurth, Hoffnungsträger der Union, lange Jahre Finanzsenator und Finanzstaatssekretär in der Stadt, in den letzten Tagen ein Interview lesen können. Auf die Frage, wie denn die Lösung für die Haushaltsprobleme aussehen könne, bietet er uns ein verbessertes Ressourcenmanagement und die Umsetzung der Vorschläge der Expertenkommission Staatsaufgabenkritik an.

[Beifall des Abg. Czaja (CDU) –
Zuruf von der CDU: Guter Vorschlag!]

Müller

(A) Meine Damen und Herren von der Union! Wenn das alles ist, dann kann auch Herr Steffel Fraktionsvorsitzender bleiben, dem ist auch nicht mehr eingefallen.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Es ist richtig, wir werden gemeinsam noch erhebliche Kraftanstrengungen unternehmen müssen. Es wird harte Einschnitte auch in den nächsten Jahren und unpopuläre Maßnahmen geben.

[Czaja (CDU): Mit Rot-Rot?]

Wir haben das auch immer ehrlich gesagt in den letzten Jahren. Daran wird sich auch nichts ändern. Nicht alles, was wünschenswert ist, ist auch machbar.

[Czaja (CDU): Nun mach' einmal hin, sonst schläft der Regierende Bürgermeister noch ein!]

Aber das Thema Haushaltskonsolidierung, Haushaltsgesundung ist eines der wichtigsten Themen inzwischen auch für die Berlinerinnen und Berliner, die offensichtlich die finanzielle Lage der Stadt wesentlich realistischer einschätzen als weite Teile der Opposition.

Viele Aufgaben liegen noch vor uns, gar keine Frage. Wir werden das auch nicht allein schaffen, auch das will ich ganz deutlich sagen. Wir brauchen zunehmend Allianzen für die Stadt, es muss Zusammenarbeit, es muss Netzwerke geben mit anderen Städten, mit anderen Bundesländern, die sich hier in der Stadt engagieren, die sich mit dieser Hauptstadt schmücken wollen. Auch das wird ein Schwerpunkt der künftigen Arbeit sein. Auch da werden wir unsere Anstrengungen verstärken.

[Kittelmann (CDU): Was ist denn das für eine Illusion?]

Aber wir haben auch viele Aufgaben in der zurückliegenden Zeit bewältigt. Ich will nur einige Beispiele nennen. Dass wir heute überhaupt noch über eine Zukunft der **Bankgesellschaft** reden können, ist auch der Koalition zu verdanken, die dafür den Grundstein gelegt hat, dass es überhaupt diese vielen Tausend Arbeitsplätze und die Filialen der Sparkasse in der Stadt gibt. Durch Ihr Missmanagement ist das doch alles in Gefahr geraten. Wir haben es in Ordnung gebracht, und wir werden da auch weitermachen.

(B)

[Beifall bei der SPD und der PDS –
Zurufe der Abgn. Czaja (CDU), Gram (CDU)
und Dr. Jungnickel (FDP) –
Weitere Zurufe von der CDU und der FDP]

Es ist uns beim Thema **Flughafen Schönefeld BBI** ein ganz wichtiger Durchbruch gelungen, sodass wir jetzt zu einer verbindlichen Verhandlungsposition mit den Investoren gekommen sind. Wir haben die **Senderfusion von SFB und ORB** durchgesetzt

[Gram (CDU): Was hat das mit dem Landeshaushalt zu tun?]

und wir werden auch die **Länderfusion**, auch gegen Ihren erwachsenden Widerstand aus der Union noch durchsetzen, verlassen Sie sich darauf!

[Beifall bei der SPD und der PDS –
Wambach (CDU): Seit wann bestimmen Sie,
wie Volksabstimmungen ausgehen?]

Herr Steffel! Es gibt auch kleinere Punkte. Wenn Sie immer wieder **Verwaltungsvereinfachung und -verschlanke** ansprechen, Sie haben völlig Recht, ein weites Feld, in dem viel passieren muss. Aber der Innensenator hat dazu Vorschläge vorgelegt,

[Krestel (FDP): Die sind das Papier nicht wert, auf dem sie stehen!]

hat ganz konkret gesagt, wo Gesetze, wo Verordnungen abgebaut werden können. Sie müssen das, was die politischen Verantwortlichen im Senat tun, auch zur Kenntnis nehmen und nicht immer nur geißeln, weil es gerade in Ihr Redekonzept passt.

(C) Die Berlinerinnen und Berliner haben schon vieles mitgetragen. Der Weg der Haushaltskonsolidierung wird weitergehen. Man wird dazu langen Atem brauchen. Das alles wird nicht von heute auf morgen umsetzbar sein. Aber es bleibt dabei, dass wir die **Kitagebühren** nicht verdoppeln werden,

[Zuruf von der CDU: Glaube ich nicht!]

dass es kein verschlechtertes Angebot in den Kindertagesstätten geben wird. Ganz im Gegenteil, es bleibt bei dem Schwerpunkt Bildung. Wir sind stolz darauf, dass wir die beste Versorgung mit Kitas und Ganztagschulen in unserer Stadt haben. An diesem Punkt werden wir weiterarbeiten, darauf werden wir aufbauen. Es bleibt bei unserem Schwerpunkt, denn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat uns, im Gegensatz zu Ihnen, schon immer am Herzen gelegen. Deswegen werden wir daran auch weiterarbeiten.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Sie sehen, die Aufregung um diese angebliche Giftliste ist völlig umsonst.

[Zuruf des Abg. Niedergesäß (CDU)]

Es gibt zu den entscheidenden Punkten eindeutige Positionen des Regierenden Bürgermeisters, des Finanzsenators, des Landesvorsitzenden der Berliner SPD und auch von mir als Fraktionsvorsitzendem. Das alles, was wir hier erleben, ist tatsächlich nicht mehr als eine Wahlkampfveranstaltung der CDU.

[Gelächter bei der CDU und der FDP –
Wieland (Grüne): Ist es nun eine Giftliste
oder nicht? Was heißt hier „angeblich“?]

Aber auch das wird Ihnen nicht weiterhelfen. Die Berlinerinnen und Berliner haben auch im vorigen Jahr bei der Abgeordnetenhauswahl Klugheit bewiesen.

[Niedergesäß (CDU): Die haben Gysi gewählt!]

Auch damals war schon Herr Späth in Ihrem Kompetenzteam, Herr Steffel, das lässt tief blicken. Auch damals vor die Entscheidung gestellt, Späth oder nie haben sich die Berlinerinnen und Berliner für „Nie“ entschieden, und Sie werden erleben, das wird auch morgen wieder der Fall sein.

(D)

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der PDS –
Beifall der Abgn. Frau Paus (Grüne)
und Ratzmann (Grüne)]

Ich bin zuversichtlich, wenn die Berlinerinnen und Berliner morgen in der Wahlkabine stehen, werden sie genau unterscheiden können zwischen einer Gespensterdebatte

[Gelächter bei der CDU und der FDP]

und dem, worum es morgen wirklich geht,

[Dr. Steffel (CDU): Zur Sache!]

nämlich darum, dass Gerhard Schröder und Joschka Fischer vier weitere Jahre eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, der Reformen

[Oh! bei der CDU]

und der Modernisierung fortführen können. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der PDS –
Zurufe von der CDU]

Präsident Momper: Danke schön, Herr Müller! – Das Wort für die Fraktion der FDP hat nunmehr der Herr Fraktionsvorsitzende Dr. Lindner. – Bitte schön, Herr Dr. Lindner!

[Wieland (Grüne): Haben Sie wieder den Beteiligungsbericht dabei?]

Dr. Lindner (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich vorab mit zwei Ammenmärchen aufräumen,

[Cramer (Grüne): Nein zu Möllemann!]

Dr. Lindner

(A) die im Zusammenhang mit dieser Liste aufgetaucht sind. Es wird allmählich der Eindruck zu erwecken versucht, die Liste sei ein Rohling eines oder mehrerer subalternen Verwaltungsbeamter, die mehr oder weniger zufällig an das Licht der Öffentlichkeit gekommen ist. Tatsächlich existiert diese Giftliste und wird fortentwickelt seit über einem halben Jahr.

[Sen Böger: Seit zehn Jahren!]

Wir lesen dazu im „Tagesspiegel“ am 20. März 2002:

Eine sehr giftige Liste. Für den Fall, dass es klemmen sollte, arbeitete Sarrazin eigene Sparvorschläge aus, die aber nicht zum Zuge kamen. Eine Giftliste, die so giftig war, dass der Regierende Bürgermeister, Klaus Wowereit, unter dem Kronleuchter gekreist haben soll.

[Ah! bei der CDU –
Gram (CDU): Sportliche Leistung!]

Weiter heißt es in dem Bericht:

Brethart sei Sarrazin gewesen, berichteten SPD-Parteifreunde. Der Mann hat einen interessanten Charme und Humor, grinst PDS-Fraktionschef Wolf, aber er macht, was ein Finanzsenator in dieser Situation machen muss, er drängt sehr auf kostensparende Strukturrenditionen.

Das hört sich heute ganz anders an, wenn man vor allen Dingen die Vertreter der PDS hört.

[Doering (PDS): Da sind wir gar nicht dran gewesen!]

Das Ganze ist dann fortgesetzt worden. Am 27. August 2002 steht wiederum im „Tagesspiegel“:

Eine umfangreiche Giftliste hatte der Senator erstmals auf einer Sparklausur des Senats im März vorgelegt. Sie wird ständig fortgeschrieben und erweitert.

[Zurufe von der CDU: Aha!]

(B) So sieht es aus. Das ist also ein mindestens ein halbes Jahr altes Konstrukt, ständig fortentwickelt. Jeder Senator und auch jeder Fraktionsvorsitzender, der an den Senatssitzungen teilnimmt, hatte bereits die Gelegenheit seit über einem halben Jahr, sich mit dieser Liste auseinanderzusetzen.

[RBm Wowereit: Nein! – Zurufe von der SPD]

Deswegen ist es nicht irgendeine Giftliste des Finanzsenators Sarrazin, sondern es ist eine Senatssparliste.

[Beifall bei der FDP und der CDU]

Das Benehmen vieler Regierungsangehöriger in den letzten Tagen ist ärgerlich und feige obendrein. Statt sich zu bekennen, statt eigene Vorschläge zu machen, lassen Sie Ihren eigenen Senator im Regen stehen. So betreiben Sie hier Politik.

[Beifall bei der FDP]

Es ist zwar im Einzelnen kritikwürdig, was er aufgeschrieben hat in Ihrer aller Namen. Aber dann muss man sich damit auseinandersetzen – was ich später auch tun werde – und kann nicht einfach so tun, als sei man gar nicht Teil dieser Regierung.

[Gram (CDU): Ja!]

Es ist auch menschlich schäbig und unglaublich, ein Regierungsmitglied für das, was man insgesamt vorhat, verantwortlich zu machen.

[Beifall bei der FDP]

Sie haben völlig Recht, Herr Müller, es ist schon bemerkenswert, jedes Mal, wenn hier über Sparvorschläge geredet wird – ich habe keinerlei Interesse daran, dass der Tierpark in Lichtenberg geschlossen wird, das ist kein sinnvoller Sparvorschlag –, es ist schon bemerkenswert, jedesmal, wenn hier über Sparvorschläge geredet wird, rennen hier die Landespolitiker, aus der Opposition, aber auch aus der Regierung, Frau Löttsch und Co., zu irgendeinem Tierpark oder Zoo, streicheln Kängurus, füttern Affen. Das ist kein ernsthaftes Sich-Auseinandersetzen mit der Finanzpolitik Berlins. Und Sie sollten aufpassen, dass nicht eines

Tages die Berliner dafür sorgen, dass das Gitter vom Affenkäfig nicht mehr hinter Ihrem Rücken ist, sondern nach vorne gesetzt wird. (C)

[Beifall bei der FDP]

Das zweite Ammenmärchen ist, Herr Müller, was Sie gesagt hatten, dass die Opposition eine Sondersitzung aus purer Wahlkampfshow haben wollte. Wir haben diese Liste, die Veröffentlichung dieser Liste, am Dienstag erstmals bekommen.

[Zuruf von der SPD: Von wem?]

– Über die Medien, da Sie ja zu feige waren, Sie uns vorher mitzuteilen. – Wir haben bereits nach der Sommerpause, am 29. August, darüber reden wollen in einer Aktuellen Stunde. Und wir haben anschließend auch in der nächsten Sitzung in einer Aktuellen Stunde darüber reden wollen. Und was haben Sie gemacht: Sie wollten lieber auf dem Elbhochwasser nach oben surfen in den Umfragen und haben ein Loblied auf Peter Hartz gesungen. Das war Ihre Weise, mit dieser Liste, die schon seit einem halben Jahr im Raum ist, umzugehen. Da kann man uns jetzt nicht vorwerfen, wir hätten uns diesen Tag heute zur Diskussion ausgesucht. Wir wollten auch, dass der Hauptausschuss am Donnerstag stattfindet und nicht heute. Das hat dann Frau Dunger-Löper verhindert. Sie hat dann gedacht, naja, das machen wir ganz geschickt, jetzt machen wir die Diskussion einen Tag nach der Bundestagswahl. So viel zum Thema Wahrfähigkeit dieser Regierung.

[Beifall bei der FDP – Einzelzelter Beifall bei der CDU]

Das hat sich übrigens auch heute fortgesetzt im Hauptausschuss. Da haben Sie dann durchgesetzt, dass die Diskussion über diese Liste auf eine Stunde begrenzt wird. So viel auch zu Ihrem Demokratieverständnis.

[Gaebler (SPD): Sie hatten doch gar keine Fragen mehr!]

Diese Liste ist nun auf dem Tisch. Und deswegen können wir auch in aller Ruhe hier darüber reden. Denn es ist ja nicht alles schlecht, was auf dieser Liste steht. (D)

[Ha! von der SPD]

– Ja, im Unterschied zu Ihnen, die Sie hier versuchen, sich vor der Wahl rumzudrücken, können wir ganz offen darüber sprechen. Es ist völlig richtig, **Verwaltungsämter** müssen zusammengelegt werden. Es ist auch völlig richtig, dass das Gebäudemanagement auf Polizei und Feuerwehr beispielsweise ausgeweitet werden muss. Und wenn wir über freiwillige soziale Leistungen reden und hier ein Einsparvolumen von 215 Millionen € aufgeführt ist, dann ist es zumindest lohnenswert, in diesem Bereich eine Diskussion aufzunehmen, und zwar eine seriöse Diskussion. Es ist auch richtig, dass das ICC verkauft werden muss. Und wenn Sie sagen, allgemeine **Wirtschaftsfördermittel** müssten gekürzt werden: Da finde ich Ihren Ansatz bemerkenswert – 19 Millionen € auf 5 Jahre verteilt –; in der Koalitionsverhandlung mit uns hat sich das ganz anders angehört. Da wollte der Herr Strieder 50 Millionen € in einem Jahr von uns haben. Und jetzt sind hier über 5 Jahre gerade mal 19 Millionen € rausgekommen. Wir hatten angeboten, 10 Millionen € pro Jahr zu kürzen. Da sind Sie sehr unter dem geblieben, was Sie in der Koalitionsverhandlung in der Ampel haben wollten.

[Dr. Steffel (CDU): Erfolg der PDS!]

Die Lottomittel werden an den Landeshaushalt abgeführt. – Das finden wir richtig, dass hier Mittel nicht im hinteren Kämmerlein, noch dazu unter Ausschluss wesentlicher Teile der Opposition, behandelt werden, sondern im Haushalt beraten werden.

[RBm Wowereit: Wesentlicher Teile, haha!]

Nur, eine große Wirkung wird das nicht haben. Ich lese Ihnen mal vor, was aus der Finanzverwaltung uns damals in den Ampelgesprächen dazu erklärt wurde:

Einsparungen ergeben sich nur dann, wenn die bisher aus Lottomitteln finanzierten Ausgaben nicht in gleicher Höhe dem Haushalt angelastet werden.

Das ist richtig. Deswegen scheint dieser Betrag hier deutlich überhöht zu sein.

Dr. Lindner

- (A) Schließlich **Studiengebühren** für Langzeitstudenten: Auch das ist eine Sache, darüber kann man zumindest mal reden. Denn ich glaube nicht, dass es großen Teilen der Bevölkerung noch vermittelbar ist, dass beispielsweise ein Bäckermeister für sein vier-, fünfjähriges Kind in der Kita 100, 200 € im Monat bezahlen muss, aber irgendein Faulpelz im 17., 18. Semester hier ohne Gebühren zu zahlen studieren kann.

[Beifall bei der FDP]

Das sind Dinge, da muss man sich ernsthaft darüber unterhalten. Genauso über die **Lernmittelfreiheit** nur noch für sozial Schwache. Auch das ist zumindest ein Punkt, der übrigens in Ländern, von denen wir jetzt Geld haben wollen wie Rheinland-Pfalz

[Frau Senftleben (FDP): SPD-Land!]

und Baden-Württemberg längst Usus ist.

Sozialmissbrauch wird konsequenter bekämpft. – Auch dies ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, über die es sich nicht lohnt, sich zu empören, sondern ernsthaft zumindest zu diskutieren.

Das Problem an dieser Liste ist, dass sie wieder – und da befinden Sie sich leider, Herr Senator Sarrazin, in einer gewissen Kontinuität – nicht bereit ist zu erkennen, dass es **Tabuzonen** gibt, sogar Zonen, die man ausbauen muss. Das ist alles, was dem Wirtschaftsstandort Berlin zwingend nützt. Da kann man beispielsweise nicht im Bereich Kultur und Wissenschaft kürzen. Da kann man auch nicht im Bereich Regierender Bürgermeister dem Aspen-Institut einen vergleichsweise läppischen Betrag von 2,6 Millionen € entziehen.

[RBm Wowereit: Aber die kriegen nur 1 Million!]

Da ist der Flurschaden, ein internationales Institut hier mehr oder minder aus der Stadt rauszubringen, wesentlich größer als der finanzielle Ertrag.

[Beifall bei der FDP]

- (B) Und schließlich, alles, was in dem gesamten Komplex **Schule und Bildung** ist. Das geht los von den Kindertagesstätten. Und da ist es in der Tat absurd, einerseits die Leistung einzuschränken und andererseits aufzuschreiben, dass um 100 % erhöht werden soll. Das passt nicht zusammen. Und es passt auch nicht zusammen, dass in dem Bereich Schul- und Sportstättenanierungsprogramm überhaupt der Ansatz reinkommt – Herr Böger, Sie nicken jetzt hier. Das ist ja auch alles ganz in Ordnung. Aber warum haben Sie nicht in dem letzten Jahr dafür gesorgt, dass es gar nicht in die Liste aufgenommen wird, frage ich Sie.

[Beifall bei der FDP – Vereinzelter Beifall bei der CDU – Sen Böger: Ich bin doch kein Beamter im Finanzministerium!]

Die ist doch auf dem Tisch gewesen. Und das endet natürlich bei den Universitäten. Und da ist es nachgerade schwachsinnig, in einer Stadt wie Berlin, die eine Zukunftschance vor allen Dingen im Umfeld des wissenschaftlichen Bereichs hat, darüber auch nur ein Komma aufzuschreiben, die Studenten um 25 000 abzubauen. Das ist schädlich und unsinnig.

[Beifall bei der FDP – Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Was in dieser Liste zu kurz kommt, und zwar völlig zu kurz kommt, ist der gesamte Komplex **Verwaltungs- und Personalkostenabbau**. Das ist der dickste Brocken.

[Beifall bei der FDP]

7 Milliarden € geben wir dafür aus, und das einzige, was drin ist, ist dieser Posten Verwaltungsämter werden zusammengeführt. – So geht das nicht. Hier müssen wir uns anschauen, was andere Länder dafür ausgeben, das auf Berlin ausrechnen, benchmarken, und dann haben wir eine Größe, wohin Berliner Verwaltung sich allein volumenmäßig entwickeln muss. Und dann muss man das machen, was Aufgabenkritik heißt, und schließlich müssen am Ende des Tages, da brauchen wir uns doch gar nichts vorzumachen, 40 000, 50 000, in der Größenordnung abgebaut werden.

[Beifall bei der FDP]

- (C) Aber wenn man sich anschaut hier im Abgeordnetenverzeichnis, dass ein Großteil von Ihnen Angehörige von Verdi sind, dann verstehe ich natürlich, dass dies nicht in so eine Liste kommt.

[Beifall bei der FDP]

Und dann muss ich natürlich auch sagen: Herr Zimmer, bei aller persönlichen Wertschätzung und auch fachlichem Respekt, den ich vor Ihnen habe: Es ist realitätsfremd, in diesen Zeiten und in diesen Tagen eine Fortsetzung des Beschäftigungssicherungs pakts über 2004 hinaus zu diskutieren, überhaupt nur daran zu denken. Ich habe gesagt, wir müssen uns überlegen, ob wir die bestehenden Beschäftigungssicherungsverträge außerordentlich kündigen müssen – das ist die Zielrichtung.

[Beifall bei der FDP]

Was eben weiter fehlt, ist das gesamte Thema **Privatisierung** zum Schuldenabbau. ICC ist zu wenig. Das ist der gesamte Komplex Behala, BSR und auch Wohnungsbaugesellschaften; da ist nichts in dieser Liste drin. Auch hier müssen wir vorgehen, dass wir uns den Schuldenstand der anderen Länder ansehen, dass wir ihn auf Berlin runterziehen, wir können ja nicht eine Komplettschuldung verlangen, und dass wir ganz gezielt die Veräußerungserlöse aus Privatisierungen für den Schuldenabbau ausgeben.

[Eßer (Grüne): Dann müssen Sie alles behalten!]

Und dann gewinnt man auch die Größenordnungen, mit der man – – Der Differenzbetrag ist dann derjenige, über den man mit dem Bund reden muss. Das ist seriöse Haushaltspolitik.

[Beifall bei der FDP]

Im heutigen Hauptausschuss wollten Sie nicht mit uns darüber reden, natürlich mit einer kleinen Einschränkung. Weder die SPD noch die PDS war bereit, sich mit dieser Liste dezidiert auseinander zu setzen. Der Herr Senator Sarrazin bemerkte allerdings, dass es letztlich keine Alternativen gebe und dass die Alternativen, die auf den Tisch gelegt worden seien, dies nicht ersetzen könnten. Damit ist für mich klar, dass die Konkludenz zumindest aufrechterhalten und bestätigt wurde. Und der Kollege Krüger hat nichts anderes gesagt, als dass diese Liste zwar kein Maßstab sei, aber auch hier eine ganz klare Weigerung, sich mit dieser Liste auseinander zu setzen, Punkt für Punkt Stellung zu nehmen, hier den Wählern vor der Wahl zu sagen, was Sache ist, da weigern Sie sich. Und da befinden Sie sich von der PDS in einer Kontinuität, binnen eines Jahres hier das zweite Mal eine massive Wählertäuschung zu begehen.

[Beifall bei der FDP]

Sie sind bei der Abgeordnetenhauswahl angetreten und haben gesagt, der Osten müsse in den Senat mit Gysi. Der Osten ist nicht im Senat, bis auf eine Ausnahme, Herr Flierl; aber dem wird auch schon Amtsmüdigkeit nachgesagt.

[Hoff (PDS): Das finden Sie doch seit dem ersten Tag!]

Der Rest kommt aus dem Westen.

Herr Gysi ist hier mit Tränen in den Augen wegen der Bonusmeilen-Affäre zurücktreten und ist schon wieder so dreist, dass er sich selbst eine bundespolitische Rolle zuerkennt.

[Gram (CDU): Unglaublich!]

Das muss man sich einmal vorstellen! Das ist die Partei des demokratischen Sozialismus.

Die dritte Täuschung war, dass Sie hier den Eindruck erweckten, Sie seien das soziale, sozialistische Gewissen dieser Stadt,

[Pewestorff (PDS): Das sind Sie!]

weigern sich aber, vor der Bundestagswahl eine ernsthafte Diskussion darüber zu führen. Sie machen das, was Sie am Besten können und treten die Flucht in die Schwammigkeit und in den Nebel an. Dazu dient dieses Konvolut Ihres Parteivorsitzenden Liebich. Er hat sich auf sechs Punkte, Herr Senator Strieder, beschränkt. Das ist schon ein gebührender Abstand: 12 Punkte kommen von der SPD, 6 darf die PDS vorschlagen. Es ähnelt sich im Ductus; es ist quallig und verschwommen.

[Liebich (PDS): Das ist noch keine Ideologie!]

Dr. Lindner

- (A) Ich gebe Ihnen einmal ein Beispiel dafür: Ich lese Ihnen die Ausführungen von Seite 7, Punkt 5 vor:

Über die Vergabe von Mitteln sollte mit Hilfe der Idee des partizipativen Budgets oder Bürgerhaushaltes neu nachgedacht werden, ebenso darüber, wieweit öffentlicher Raum wie rein konsumorientierte Werbezwecke zur Verfügung gestellt werden darf.“

[Beifall bei der PDS]

Ein partizipatives Budget!

[Heiterkeit bei der FDP –
Gram (CDU): Das versteht keiner!]

– Lieber Herr Liebich! Ihr Senat ist noch nicht einmal in der Lage, eine interne Abstimmung über solche Listen durchzuführen, geschweigen denn das Parlament, wie es in der Verfassung steht, zu partizipieren. Und dann reden Sie hier von Bürgerpartizipation!

[Frau Michels (PDS): Warten Sie erst einmal ab.
Der Regierende hat noch nicht gesprochen!]

Das ist lächerlich. Das lässt hier auch keiner durchgehen!

[Beifall bei der FDP, der SPD und den Grünen]

Sie machen das, was Sie am Besten können. Sie treten eine Flucht in die Opposition innerhalb der Regierung an! Das ging los beim Flughafen Schönefeld. Sie haben in der Koalitionsvereinbarung mit der SPD zugestimmt, dass Schönefeld zum Drehkreis ausgebaut wird, stellen sich aber gleichzeitig in Brandenburg hin und demonstrieren dagegen.

[Frau Simon (PDS): Zum Thema!]

Das führen Sie beim Staatsvertrag zur Senderfusion ORB und SFB fort. Sie stimmen hier im Senat dem Staatsvertrag zu, in Brandenburg dagegen schließen Sie sich dem Volksbegehren gegen den Staatsvertrag an! Das ist der Grad von Verlogenheit und Unseriosität, den Sie am Besten beherrschen!

- (B)

[Beifall bei der FDP und der CDU]

Sie haben nicht den Mut, Flagge zu zeigen, sich auch zu diesen Sparvorschlägen ganz klar zu positionieren und zu sagen, dass Sie diese mittragen. Vielmehr haben Sie Angst, dass Sie versagen werden. Sie werden auch morgen versagen, das kann ich Ihnen versprechen!

[Frau Seidel-Kalmutzki (SPD): 1,8 %!]

Frau Pau – das müssen Sie sich von der SPD einmal vorstellen – stellt sich als stellvertretende Parteivorsitzende hin und mahnt die Richtlinienkompetenz des Regierenden Bürgermeisters nach Veröffentlichung dieser Liste an. Die gibt es aber überhaupt nicht. Sie besteht nur im Einvernehmen mit dem gesamten Senat und mit Billigung des Abgeordnetenhauses! Das bedeutet im Klartext: Die Senatoren Wolf, Flierl, Knake-Werner, die PDS-Fraktion an der Spitze und ihr Parteivorsitzender Liebich sind voll mit dabei. Darüber muss man sich keine falschen Vorstellungen machen!

[Beifall bei der FDP und der CDU]

Sie stehen für alles, was auch in dieser Liste steht, solange es nicht ausdrücklich und klar auch von Ihnen zurückgenommen wird. Da haben sich Ihr Mann und Ihre Leute heute im Hauptausschuss klipp und klar gewiegert.

Es ist Ihre Sache, wie lange Sie sich das – diese Rolle: böser Bulle, Senator und guter Bulle, die freundlichen und netten Damen und Herren von der PDS – von Ihrem Koalitionspartner noch bieten lassen.

[Brauer (PDS): Sie reden einen Schwachsinn zusammen!]

Die Bürgerinnen und Bürger Berlins – das kann ich Ihnen sagen – glauben Ihnen diese Heuchelei und dieses verlogene Pharisäertum ganz sicher nicht!

[Beifall bei der FDP und der CDU – Zurufe von der PDS]

- (C) **Präsident Momper:** Danke schön, Herr Dr. Lindner! – Das Wort für die PDS-Fraktion hat nunmehr der Vorsitzende Herr Liebich! – Bitte schön, Herr Liebich!

Liebich (PDS): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die CDU, die Opposition, hat heute eine Sondersitzung des Parlaments beantragt. Das ist ihr gutes Recht. Das Thema ist: Der rot-rote Senat muss sich zu seinen Streichlisten bekennen.

[Czaja (CDU): Jetzt sagen Sie doch mal,
warum Frau Pau den Eintritt nicht bezahlt hat!]

Wir sollen uns zu einer Streichliste aus der Verwaltung bekennen, die niemand umsetzen kann, die niemand umsetzen will und die niemand umsetzen wird. Das ist doch absurd!

[Beifall bei der PDS und der SPD –
Ritzmann (FDP): Aha!]

Der Einzige, der sich positiv auf diese Liste bezieht und der sich geradezu zu ihr bekennt, war Herr Dr. Lindner.

[Beifall bei der PDS]

Ich weiß nicht, ob Sie um eine Koalition mit Thilo Sarrazin betteln. Ich habe keine Ahnung, was Sie damit meinten. Jedenfalls sind Sie die Einzigen, die sich positiv auf diese Liste beziehen.

[Dr. Lindner (FDP): Ist doch Ihre Liste!]

Ich werde Ihnen jetzt sagen, was die PDS will und was sie nicht will. Grundlage unserer Politik ist die Koalitionsvereinbarung und sind die Richtlinien der Regierungspolitik und nicht Giftlisten.

[Czaja (CDU): Ihre Liste ist das!]

Die beschlossenen Prioritäten lauten: die Stärkung der Wirtschaftskraft und Steuerkraft sowie der Leistungskraft in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Forschung, die Verbesserung der Bildungs- und Berufschancen der Jugend. Dazu gehören natürlich die Kindertagesstätten, weil sie Bildungseinrichtungen sind.

- (D)

[Beifall bei der PDS – Einzelner Beifall bei der SPD –
Czaja (CDU): Das ist verlogen!]

Besonders wichtig ist uns die Sicherung sozialer Gerechtigkeit, des sozialen Zusammenhalts und der sozialen Grundversorgung. Es ist zutreffend, dass diese Prioritäten in der Giftliste nicht zu erkennen sind. Deshalb kann sie gar nicht Grundlage unserer Politik sein.

[Beifall bei der PDS – Einzelner Beifall bei der SPD]

Zweitens haben wir uns vorgenommen, die Neuverschuldung des Landes Berlin zu senken. Dieses soll nicht als Selbstzweck geschehen, sondern weil es die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit dieses Landes erfordert. Das muss auch weitergehen. Hierfür war der Doppelhaushalt ein erstes Umsteuern, eine erste Notbremse. Es muss weitergehen. Dabei müssen politische Prioritäten beachtet werden. Dabei wird es um Aufgabenbeschränkung und Aufgabenverzichte gehen. Es wird um Verhaltensänderungen in der Verwaltung gehen. Hier gibt es durchaus noch Reserven. Dann kann das Land Berlin an den Bund und an die anderen Länder herantreten. Nur dann ist politisch und juristisch durchsetzbar, dass wir von den anderen Ländern Unterstützung bekommen. Das ist es, was die Koalition vorhat. Dazu steht die PDS selbstverständlich.

[Dr. Steffel (CDU): Plattitüden!]

Erste Schritte wurden gegangen. Die One-Stop-Agency und das Facility-Management sind auf dem Weg. Auch der Solidarpakt – glaube ich – kann eine riesige Chance werden. Der Solidarpakt kann dann eine riesige Chance werden, wenn man aufhört, sich gegenseitig zu beschimpfen und bedrohen,

[Wieland (Grüne): Wer hat denn damit angefangen?]

sondern wenn man tatsächlich über ein Geben und Nehmen redet. Wenn man darüber spricht, dass man die Angleichung von

Liebich

- (A) Ost und West möchte, wenn man darüber redet, dass Arbeitszeit verkürzt werden kann, wenn man über Altersteilzeit und Einstellungskorridore redet, dann hat man ein Geben und Nehmen, was tatsächlich Betroffene zu Beteiligten werden lässt. Dann ist dieser Solidarpakt eine ernsthafte Chance.

[Beifall bei der PDS und der SPD – Ritzmann (FDP): Sie machen alle betroffen!]

Ich kann Ihnen auch sagen, was wir nicht wollen; es ist in den letzten Tagen sehr, sehr häufig vom Regierenden Bürgermeister, vom Finanzsenator, von weiteren Senatsmitgliedern, von den Fraktions- und Parteivorsitzenden der Koalition gesagt worden – Sie wissen es eigentlich auch ganz genau –, aber ich wiederhole es gern noch einmal: Die hier angesprochene Giftliste ist für uns nicht Grundlage der politischen Diskussion. Sie ist vom Finanzsenator nicht vorgeschlagen worden. Der Senat hat sie nicht beschlossen.

Wenn Sie fragen, warum trotzdem konkrete Kürzungsvorschläge existieren, die damit auch immer in der Gefahr stehen, in die Öffentlichkeit zu geraten, will ich Ihnen die Antwort hier auch noch einmal geben, auch wenn Sie sie selbst wissen: In den Verwaltungen arbeiten seit Jahren Mitarbeiter daran, Vorschläge für strukturelle Einsparungen zu erarbeiten. Das ist ihr Job. Natürlich ist es hilfreich, wenn man Arbeitsaufträge erteilt, dass man dabei auch eine politische Maßgabe mitgibt. Das ist meiner Ansicht nach in der Vergangenheit zu wenig passiert. Aber dann müssen diese Vorschläge politisch bewertet, vorgeschlagen und entschieden werden. Das ist unser Job, der Job der Regierung, aber auch der Job des Abgeordnetenhauses. Was sollte uns jetzt dazu bringen, uns zu Arbeitsergebnissen der Verwaltung zu bekennen, bevor wir diese politische Abwägung vorgenommen haben. Das ist doch abenteuerlich!

[Beifall bei der PDS und der SPD]

- (B) Dass auch wir es nicht hilfreich finden, vorher mit diesen Arbeitsergebnissen zu drohen und zu sagen, es gäbe mehrere hundert Punkte und es würde sonst was passieren, wenn diese umgesetzt würden, will ich hier gern noch einmal wiederholen. So etwas kann man wirklich nicht gebrauchen!

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Was Sie hier aber veranstalten, ist billigster Wahlkampf! Sie spielen mit den Ängsten der Berliner, um für sich Kapital daraus zu schlagen.

[Dr. Lindner (FDP): Sie machen Ostdeutscherei!]

Aber, sehr geehrte Damen und Herren von der CDU, das ist zu einfach gedacht! So kurz ist das Gedächtnis der Menschen in dieser Stadt nicht. Sie wissen noch genau, wer die Hauptverantwortung für die Lage trägt, in der wir uns jetzt befinden,

[Beifall bei der PDS – Henkel (CDU): Ihr Koalitionspartner!]

jahrelanger Schlendrian im Umgang mit den Finanzen, wie ihn Elmar Pieroth als Finanzsenator betrieben hat, Verfilzung von Politik und halbstaatlicher Wirtschaft, wofür Landowsky und die Bankgesellschaft stehen und gelebte Realitätsverweigerung à la Frank Steffel, der hier heute wieder Mehrausgaben fordert und Kürzungen ablehnt. Das ist die CDU Berlin!

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Sie erinnern sich alle, alle, wie Sie hier sitzen, dass die sogenannten Giftlisten keine Erfindung des rot-roten Senats sind. Herr Dr. Lindner, Sie sind auch nicht vor einem halben Jahr das erste Mal erfunden worden. Sie haben viel aus den Zeitungen gelesen. Ich habe auch noch einmal in die Zeitungen geschaut. Ich werde Ihnen einmal etwas vorlesen, was ungefähr ein Jahr her ist:

Sparliste: CDU spricht von Wahlbetrug, alle anderen wiegeln ab. Grüne und PDS halten den Entwurf für ein bedeutungsloses Bürokratenpapier

- Die CDU sprach am Freitag von einem skandalösen Betrug an den Wählern, (C)

[Gram (CDU): Bravo!]

die Gewerkschaften und die Personalvertretungen von einer Kampfansage. Der Grund für die Aufregung, für die harsche Kritik ist die Sparliste aus dem Hause der Finanzsenatorin Christiane Krajewski. Auf 14 Seiten sind Vorschläge zusammengetragen worden, wie in den nächsten 4 Jahren Ausgaben gekürzt und Einnahmen verbessert werden können. Der Senat

– übrigens ein rot-grüner Senat –

war gestern um Schadensbegrenzung bemüht. Finanzsenatorin Krajewski bezeichnete die Liste als eine Materialsammlung. „Diese Liste ist durch mich nicht autorisiert, nicht politisch bewertet und nicht mit den Senatskollegen diskutiert“, sagte sie. Es seien Überlegungen aus ihrem Haus, um die sie ausdrücklich gebeten hatte, wegen der extremen Haushaltsnotlage Vorschläge zu machen, wo gespart werden könne. Die bekannt gewordene Liste, in der auch Vorschläge ihrer Vorgänger

– Achtung, CDU – Annette Fugmann-Heesing und Peter Kurth, um Elmar Pieroth wird es sich nicht handeln, der hat ja keine Vorschläge gemacht –

enthalten seien, diese Liste mache sie sich nicht zu eigen.

[Dr. Lindner (FDP): Gibt es hier ein Geschichtsseminar? Jetzt nehmen Sie doch mal Stellung zu der Liste!]

Und auch die potentiellen Koalitionspartner der SPD, PDS, FDP und Grüne, versuchten am Freitag, der Sparliste die Brisanz zu nehmen. Es sei ein Bürokratenpapier ohne besondere politische Relevanz, sagte die Grünen-Fraktionschefin Sibyll Klotz. Ihr PDS-Kollege Harald Wolf bezeichnete es als „bedeutungsloses Verwaltungsdokument“. . . . Es müsse gespart werden, sagte Günter Rexrodt, FDP-Fraktionsvorsitzender. (D)

[Zurufe von der PDS]

Die Vorschläge seien eine Checkliste, die man bei den bevorstehenden Koalitionsgesprächen durchgehen könne. Nur die CDU reagiert am Freitag gleich mit vier Pressemitteilungen auf die Sparliste. Es sei ein Skandal, dass die Kürzungsvorschläge unter Verschluss gehalten wurden, die Vorschläge seien einfalllos, schädlich und empörend.

[Vereinzelter Beifall bei der CDU – Niedergesäß (CDU): Ist ja auch wahr!]

– Klatschen Sie von der CDU, klatschen Sie, denn ich erzähle die Geschichte weiter.

Es gab davor noch einen Finanzsenator, Peter Kurth. Er hat anders als Elmar Pieroth begonnen, sich den Realitäten zu stellen, und hat Vorschläge unterbreitet. Am 25. April 2001, vor anderthalb Jahren, schrieb der „Berliner Kurier“:

Wildes Gegacker um ungelegte Eier

Gedankenspiele aus der Finanzverwaltung von Senator Peter Kurth, CDU, wo angesichts einer Milliardenlücke im Haushalt gespart werden kann, führten zu wütenden Stellungnahmen. Die Giftliste der Sparvorschläge bleibt vorerst in der Schublade.

Was Sie von der CDU hier aufführen, ist Staatstheater, denn Sie kennen die Realitäten eigentlich besser.

[Starker Beifall bei der PDS und der SPD]

An eines möchte ich Sie noch erinnern. Kurz vor dem Ende von Diepgens großer Koalition hat die CDU selbst – Sie erinnern sich bestimmt – ein 50-Punkte-Sparprogramm aus dem Hut gezaubert.

[Niedergesäß (CDU): Sehr gutes Papier!]

Liebich

(A) Eher durfte es Peter Kurth nicht zeigen, weil die eigene Partei und Fraktion Angst vor unpopulären Maßnahmen hatte. Unmittelbar nach dem Gang in die Opposition kann sich niemand in der CDU mehr daran erinnern. Ich helfe Ihnen mal bei der Erinnerung, was Sie damals alles vorgeschlagen haben:

Weiterbau der U-Bahnlinie 5 zu verschieben, die Mittel der Lottostiftung vorläufig in den Landeshaushalt zu übertragen, einen zentralen Stellenpool für den öffentlichen Dienst einzurichten,

[Eßer (Grüne): Da warten wir immer noch drauf!]

den Staatssekretären die Dienstwagen wegzunehmen. § 7 Abs. 2 Sportförderungsgesetz wird aufgehoben.

Herr Steffel, gerade haben Sie wieder eine Lanze für die Sportlerinnen und Sportler gebrochen.

[Beifall und Zurufe bei der PDS]

Ab 2002 stellt das Land Berlin seine Beiträge zur Entwicklungshilfe ein. Der Z-Teil der Bezirke wird um jeweils 100 Millionen abgesenkt. Das Defizit der Bezirke wird nur noch um 80 % abgedeckt. Es wird der revolvierende Einsparfonds eingeführt. Die FU wird in eine Stiftungsuniversität umgewandelt. Das Senatsgästehaus wird vermietet. Die Anrechnungs- und Ermäßigungsstunden im Lehrerbereich werden reduziert. Ein Konzept zur Absenkung der Kita-Kosten wird erarbeitet.

Ich will das gar nicht alles vorlesen – alles Vorschläge, an die Sie sich nicht mehr erinnern.

[Beifall bei der PDS und der SPD – Demonstrativer Beifall bei der CDU]

Ich finde, dass Senator Kurth – –

[Zurufe von der CDU]

– Was schimpfen Sie denn so? Jedesmal, wenn wir Ihre Vorschläge umsetzen, brechen Sie in wütendes Geschrei aus.

(B)

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Präsident Momper: Herr Kollege Liebich! Ermöglichen Sie eine Zwischenfrage?

Liebich (PDS): Nein! – Sie haben alles vergessen. Das war nicht irgendeine Liste aus der Verwaltung, sondern eine, die die CDU hoch offiziell vorgeschlagen hat.

[Dr. Lindner (FDP): Jetzt reden Sie doch mal zu heute!]

Herr Steffel, da Sie sich zu diesen Listen nicht mehr bekennen wollen, bleibt die Frage, was Ihre Vorschläge sind. Da haben Sie vorhin wieder Ihre Sonderkonjunkturwirtschaftswunderthese vorgetragen, die eigene Maßnahmen überflüssig macht. Die CDU versucht mit lautem Geschrei, die eigene Konzeptionslosigkeit zu überdecken. Das finde ich unehrlich.

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Einen Widerspruch müsse die Vertreter von FDP, CDU und Bündnis 90/Die Grünen aufklären. Vielleicht machen das ja die Grünen, Herr Müller hat es bereits angesprochen. Wer sagt, dass die hier angesprochenen Sparvorschläge, die rund 3 Milliarden € erbrächten, die Stadt kaputtsparen würden, der muss erklären,

[Ritzmann (FDP): Sie müssen erklären, was Sie wollen!]

wie er die Kürzungen erbringen will, die diesen angeblich verfassungswidrigen Haushalt zu einem ihrer Ansicht nach rechtmäßigen machen. Sie können keine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts erkennen. Sie reichen eine Klage vor dem Landesverfassungsgericht ein und begründen sie damit, dass wir 4,2 Milliarden € zuviel ausgeben würden. Und dann schreien Sie Skandal, wenn in den Verwaltungen überlegt wird, wie man zu Reduzierungen kommen kann. Was Sie machen, passt nicht zusammen und ist unehrlich.

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Nötig ist in Berlin eine offene und ehrliche Debatte der Stadtgesellschaft insgesamt über die Richtung, die Berlin gehen soll. Sie wurde oft begonnen, in den Parteien, in den Gewerkschaften. Der Vorgängersenaat hat die Berlinstudie in Auftrag gegeben. Die jeweilige Opposition und die Medien fordern die Debatten immer wieder ein und haben natürlich Recht. Deshalb, Herr Lindner, habe ich Thesen vorgelegt, nicht als der Weisheit letzten Schluss,

(C)

[Gelächter bei der CDU]

sondern damit wir diese Debatte wieder miteinander führen. Und zwar nicht als Balsam oder Ablenkung von schmerzhaften Entscheidungen, sondern wir brauchen diese Debatte, um die Prioritäten mit den Berlinerinnen und Berlinern diskutieren zu können.

Natürlich kann jetzt wieder jeder behaupten, seine eigene Partei hätte das Konzept schon, das sei alles unnötig, sie wüssten genau, was zu tun ist. Aber wenn Sie ehrlich sind, werden auch Sie zugestehen, dass diese schwierige Lage, in der wir derzeit sind, weder die regierenden noch die opponierenden Parteien in Gänge beantworten können. Und ja, ich gestehe gern zu, die Wahrnehmung dieses Senats und der Koalition war bisher zu sehr, nur ein Sparbündnis zu sein. Dem wird man aber nicht damit begegnen – und das wird auch die PDS nicht tun –, dass man jetzt das Geld wieder mit vollen Händen ausgibt.

[Czaja (CDU): Aber morgen seid ihr doch raus aus der Regierung!]

Es muss gelingen, die Berlinerinnen und Berliner auf den Weg der Angleichung der Ausgaben an die Einnahmen mitzunehmen. Herr Müller, seien Sie mir nicht böse: Wenn es um die Einnahmen geht und Sie die sozial gerechte Politik von Gerhard Schröder und Joschka Fischer so preisen, will ich daran erinnern, dass sich die Einnahmen des Landes Berlin wegen dieser „großartigen“ Politik um 500 Millionen € verringert haben. Dass das ein Problem ist, möchte man hier wenigstens mal sagen können.

(D)

[Beifall bei der PDS – Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Wir müssen die Menschen in Berlin mitnehmen. Und dass Veränderungen in Berlin ohne Brüche vor sich gehen, ist eine Illusion, die in den vergangenen Jahren genährt wurde. Das wird es nicht mehr geben. Dem sollten sich alle stellen, Regierung und Opposition.

Dem ewigen Hinweis, dass zum einen zu wenig, aber zum anderen zu viel gestrichen würde und dann zumeist am falschen Ende, begegnet man nicht mit dem Holzhammer. Alles zu kürzen, was sich kürzen ließe, ist das Ende von Politik. Berlin ist keine Luftmatratze, die sich durch Ausquetschen der letzten Sparreserven zu Sparmaßnahmen bewegen ließe. Dafür steht die PDS nicht zur Verfügung. Nicht blindes Benchmarking im Vergleich der Kita- und Studienplätze von Berlin mit Clausthal-Zellerfeld, sondern Prioritäten und Nachrangigkeiten bestimmen unsere Entscheidungen und unter Berücksichtigung der gemeinsamen politischen Ziele die Konsolidierung des Landeshaushalts voranzutreiben. Dabei ist für diese Koalition die soziale Gerechtigkeit das Entscheidende. Dafür hat der Senat unsere Unterstützung.

Die sogenannte Giftliste ist vom Tisch. Die weitere Debatte hierüber ist sinnlos. Die Berlinerinnen und Berliner brauchen keine Angstkampagnen, sondern Problemlösungen in schwierigen Zeiten für Berlin. Der SPD-PDS-Senat stellt sich dieser Herausforderung und wird dabei von den Koalitionsfraktionen unterstützt.

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Präsident Momper: Danke schön, Herr Liebich! – Das Wort für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nunmehr der Fraktionsvorsitzende Herr Wieland. – Bitte schön, Herr Wieland!

Wieland (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben uns als Grüne um diese Debatte heute morgen nicht unbedingt gerissen. Man hat einen Tag vor der Bundestagswahl zum Teil merkwürdige Klatschfronten. Einer recht ungenießbaren

Wieland, Wolfgang

- (A) Rede von Michael Müller klatschten wir wegen des Schlusssatzes Beifall, und die PDS enthielt sich dabei. Das war vorauszu-sehen.

[Frau Michels (PDS): Wegen des Schlusssatzes!]

– Ja, ist mir doch klar! – Dennoch, ich denke, wir sind legitimiert, diese Frage zu beantworten: Ist es nun nur Wahlkampfshow, wie behauptet, was die CDU heute beantragt hat, oder ist es nicht vielmehr Schuld dieser rot-roten Koalition, dass wir so dicht an diesen Wahltermin herangerückt sind? Ich meine, es ist die Schuld dieses Senats.

Ich führe auch aus, Herr Liebich, was der Unterschied ist zu den vielen „Giftlisten“, die es – da haben Sie Recht – in der Vergangenheit immer gegeben hat. Ein Unterschied ist: So groß war die Aufregung in der Stadt über eine Giftliste noch nie.

[Zurufe von der SPD]

Das ist regelrecht Guinness-Book-of-Records-verdächtig!

[Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Innerhalb von wenigen Tagen haben sich Eltern, Lehrer, IHK, DGB, Künstler, Intendanten, NS-Verfolgte, beide Kirchen, Studenten, Professoren, Behinderte und Kranke – schlichtweg die ganze Stadt – empört zu Wort geäußert.

[Liebich (PDS): Diese Vorschläge standen alle schon in Ihrer Streichliste!]

Die Frage ist: Hat das nicht damit zu tun, dass dieser Senat es versäumt hat, das, was er immer angekündigt hat, die tatsächlichen strukturellen Spareinschnitte, zu dem Zeitpunkt vorzuschlagen, wo sie vorzuschlagen gewesen wären – bei den Haushaltsberatungen? Ist es nicht dieser Senat, der uns diese unsäglich kurze Terminierung vor der Wahl erst eingebrockt hat, indem er diese Vorschläge nicht dem Gremium vorgelegt hat, vor das sie gehören – nämlich vor dieses Parlament?

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

- (B) Ihr Finanzsenator hat vor der Sommerpause einen – wie er selbst sagte – verfassungswidrigen Haushalt verabschieden lassen. Er hat einen Tag vor dessen Inkrafttreten eine haushaltswirtschaftliche Sperre verhängt. Auch dieses bedeutet nach unseren Erkundungen Weltrekord, gleichzeitig eine Bankrott-erklärung des eigenen Haushalts. Statt nun rechtzeitig den Kurs anzugeben, wo strukturell gespart werden soll, setzt er sich hin, plaudert neckisch mit der Presse, sagt: „Ich habe da eine Einsparliste in meiner Schublade, aber ich, Thilo Sarrazin, bin doch nicht blöd; ich hole sie nicht heraus,

[Heiterkeit bei der CDU und der FDP]

ich will Finanzsenator bleiben. Das werden wir erst nach der Wahl sehen. Ach, wie gut, dass niemand weiß, dass ich Rumpelstilzchen heiß!“

[Heiterkeit bei der CDU und der FDP]

Aber: Dumm gelaufen an dem Punkt, Herr Sarrazin! Die Stadt weiß es! Und das ist das Verheerende, was auch bei Ihnen einmal ein Anlass sein sollte, etwas selbstkritisch da heranzugehen, meine Damen und Herren von der PDS!

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP – Beifall des Abg. Benneter (SPD)]

– Danke, Kollege Benneter! – Das Verheerende ist, dass man in der Stadt dieser Koalition nach der Benjamin-Franklin-Debatte – Sie erinnern sich, Herr Kollege Benneter, in Ihrem Wahlkreis! –, nach der Erhöhung der Kinderzahlen in den Kitas, nach der brüsk vollzogenen Aussperrung junger Anwärterinnen und Anwärter vom öffentlichen Dienst, per Federstrich vom Innensenator vorgenommen, offenbar jede einzelne Schurkerei auf dieser Giftliste zutraut. Das haben Sie zu verantworten!

[Beifall bei den Grünen und der CDU – Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Und da nutzt auch – zweitens – der ständige Hinweis, das sei ein Non-Paper, das sozusagen unautorisiert aus den unteren Abteilungen Ihrer Hierarchie per Indiskretion herausgekommen

sei, der Indiskretion wenig – denn es war nicht so. Es war eine von Ihnen eingerichtete Arbeitsgruppe, AG „Haushaltskonsolidierung“, die – herausgezogen aus dem üblichen Betrieb – den Auftrag hatte, diese Sparvorschläge aufzuschreiben, die den Auftrag hatte, Ihnen zu berichten, und Ihnen auch darüber berichtet hat. Sie haben schließlich in der Öffentlichkeit darüber räsontiert, was Sie da haben. Ich zitiere aus der „Berliner Morgenpost“ vom 18. September:

„Sarrazin bringt die Leute zum Jagen“, sagt einer, der die Amtsstuben an der Klosterstraße gut kennt. „Der Mann ist genauso wie seine Giftliste!“

[Heiterkeit bei der CDU – Zuruf des Abg. Steffel (CDU)]

Das Zitat übernehme ich so nicht. Ich würde es anders formulieren: Seine eigenen Parteifreunde haben Jürgen Möllemann lange vor der Antisemitismusdebatte einen „Quartalsirren“ genannt. Bei Herrn Sarrazin habe ich manchmal meine Zweifel, ob das Quartal nicht neun oder zwölf Monate beträgt.

[Heiterkeit bei der CDU und der FDP]

Ich kann doch nicht als verantwortlicher Senator damit kokettieren, dass hier etwas ganz Schreckliches ist, und gleichzeitig sagen: „Wir müssen weitestgehende Maßnahmen in dieser Stadt durchführen, und dann werde ich irgendwann – wenn die Stunde der Wahrheit mal kommt, und dies kann nur nach der Bundestagswahl sein – Klarheit und Wahrheit schaffen und so ehrlich sein, dies vorzulegen.“ – Die politische Gewichtung, die Sie immer wie einen Schutzschild, als noch nicht vollführt, vor sich hertragen, hätten Sie vornehmen müssen! Das wäre Ihre Aufgabe gewesen; das haben Sie nicht getan! Es wurde völlig richtig gesagt, dass hier trotz aller Schwüre wieder die Rasenmähermethode eingesetzt wurde, dass dieser Senat das, was er versprochen hatte – davon wegzukommen und sein Programm auch schon in den Vorschlägen zum Ausdruck zu bringen –, nicht eingehalten hat. Hier gab es offenbar wiederum „nur“ die Vorgabe: Nun schreibt mal alles zusammen, was uns möglich erscheint!

Das ist nicht das, was zu erwarten gewesen wäre. Die Verwaltungsreform stagniert; der Solidarpakt wurde in Arbeitsgruppen „zwischenlagert“ – ab und an hört man von den Gewerkschaften, er sei ganz gestorben –; die Bürokratie wuchert wie eh und je in dieser Stadt. Nur ein Beispiel: Während die Zuwendungsempfänger in diesem Sommer unter der Haushaltssperre leiden mussten, hat der Senat in nur vier Tagen 2 200 Beförderungen in der Hauptverwaltung ausgesprochen und vorgenommen.

[Buh! von den Grünen]

Dies ist alter Stil! Dies ist wahrlich nicht der versprochene Mentalitätswechsel! Und dies zeigt, dass sich in den neun Monaten, in denen Sie bisher zusammen regieren, nichts Wesentliches geändert hat!

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Dem Regierenden Bürgermeister fällt in dem „Morgenpost“-Interview vom heutigen Tage auch nichts anderes ein, als zu behaupten, die **Opposition** habe keine **Vorschläge zum Sparen**. Dies ist, was uns Grüne angeht, nachweislich nicht richtig. Gerade erst gestern haben unsere Haushälter Vorschläge gemacht, wie man an die wirklich „dicken Brocken“, die so genannten big points, herangehen könnte, auch an das viele, das aus den Zeiten von Filz und Korruption der 80er und 90er Jahre heute noch den Haushalt und die Steuerzahler belastet. Das ist zum Beispiel ein Verzicht auf die Anschlussförderung im Wohnungsbau; das ist die Minimierung der Verpflichtungen aus den Fonds der Bankgesellschaft; das ist zum Beispiel die Reduzierung der Kapitalzuführung an die BVG – das sagen wir auch ganz bewusst als Grüne –; das ist ein Zurechtstutzen der Entwicklungsgebiete, das nun endlich erfolgen sollte; die Privatisierung der Messegesellschaft; kostendeckender Vertrag mit den Olympiahallen; Reduktion von Bürgschaften und vieles anderes mehr. Wir wollen – anders als der Senat – beim Sparen oben anfangen, bei den Großen, bei den Starken. Wir wollen nicht den

Wieland, Wolfgang

- (A) Bürgern, den sozial Schwachen und den Hilfebedürftigen „das letzte Hemd ausziehen“. Das unterscheidet uns von der Senatspolitik.

[Beifall bei den Grünen]

Und wir haben auch gesagt: Erst wenn dieser Sparbeitrag erkennbar in Angriff genommen wird, kann mit dem Bund über eine tatsächliche Entschuldungshilfe verhandelt werden. Diese müsste einen Umfang von ca. 30 Milliarden € betragen. Das ist eine riesige Summe. Unsere Haushälter haben gestern gleichzeitig den Vorschlag gemacht, hierzu die Vermögenswerte des Landes Berlin – jedenfalls teilweise – einzusetzen, vor allem die Immobilien, sofern sie sich im Liegenschaftsfonds befinden und dafür zur Verfügung gestellt werden können. – Auch dies zur Frage, wer eigentlich einmal einen innovativen Vorschlag in diese Debatte einbringt und wer es nicht tut.

[Beifall bei den Grünen]

Die PDS tut tatsächlich so, als ginge sie das alles wenig an, als könne sie sich irgendwie hinausflüchten. Es wurde hier schon gesagt: Volksbegehren hier, Volksbegehren da. Frau Lötzsch geht hin und führt es durch: ein Bürgerbegehren gegen die Schließung des Tierparks.

[Vereinzelter Beifall bei der PDS –
Gelächter bei der FDP]

Diese angewandte Schizophrenie muss man sich einmal vor Augen führen: Sie will die Bürger gegen das eigene Regierungshandeln mobilisieren. Dann machen Sie doch gleich eine Demonstration gegen sich selbst, geschätzte Frau Dr. Lötzsch,

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

frei nach dem Gysi-Motto: „Vorsicht, Bürger, ich erkenne mich selbst nicht wieder; mir graut vor mir!“

[Beifall bei den Grünen –
Heiterkeit bei der CDU und der FDP]

- (B) Nein! So können Sie aus Ihrer Verantwortung für eine unsoziale Sparpolitik nicht heraus! Sie tragen sie bereits jetzt mit. Und auch Herr Liebich hat nicht gesagt, wie die PDS tatsächlich zu diesen Vorschlägen steht.

[Auf der Tribüne wird ein Transparent hochgehalten.]

Präsident Momper: Entschuldigung, Herr Kollege! Es gibt eine Demonstration. – Würden Sie bitte den Raum verlassen? – Würden die Ordnungskräfte bitte einschreiten? Wenn Sie die Personen bitte hinausbegleiten!

– Bitte fahren Sie fort, Herr Wieland!

Wieland (Grüne): Ja, aber Sie hätten meine Uhr in der Zeit bitte anhalten sollen, Herr Präsident!

Präsident Momper: Das machen wir doch glatt, Herr Wieland, bitte fahren Sie fort!

Wieland (Grüne): Gut! – Zum Schluss richte ich den Blick nach vorne, und da ist zunächst der morgige Tag. Wir vertrauen darauf, dass die Bürgerinnen und Bürger sehr genau wissen, worauf es morgen ankommt. Da stehen nämlich nicht Thilo Sarrazin oder Thomas Flierl zur Wahl, sondern Gerhard Schröder und Joschka Fischer.

[Beifall bei den Grünen und der SPD]

Und die haben erfolgreich regiert. Sie haben insbesondere den Bundeshaushalt konsolidiert.

[Gelächter und Zurufe von der CDU und der FDP]

Deswegen sind wir zuversichtlich, es wird sie geben, die zweite Halbzeit für Rot-Grün.

[Beifall bei den Grünen und der SPD –
Zurufe von der PDS]

- Präsident Momper:** Danke schön, Herr Kollege Wieland! – Das Wort für den Senat hat nunmehr der Herr Regierende Bürgermeister. – Bitte schön, Herr Wowereit!

[Zuruf von der CDU: Nicht Herr Sarrazin?]

Wowereit, Regierender Bürgermeister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wehe dem, der Böses dabei denkt, dass man heute, einen Tag vor der Wahl, zu dieser Sitzung zusammenkommt. Aber ich finde es gut, Herr Kollege Wieland, dass man die Chance hat, noch einmal die erfolgreiche Politik der Bundesregierung darzustellen. Wir sind der CDU dafür dankbar.

[Beifall bei der SPD und den Grünen]

Und wir werden das auch nutzen. Da Sie uns die Möglichkeit genommen haben, alle miteinander an den Infoständen mit den Menschen in der Stadt direkt zu reden, werden wir das von dieser Stelle auch machen müssen.

[Czaja (CDU): Sie hätten doch jetzt sowieso noch geschlafen! – Zuruf: Sie sind noch müde von Hamburg!]

– Ja, da wären Sie mal gerne dabei gewesen, das kann ich mir vorstellen!

[Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU]

Aber stellen Sie sich vor, da erfährt man vieles in der Republik. Es wäre ganz gut, wenn Sie Ihren Horizont erweitern, aus Ihrem Westberlin herauskommen und über den Tellerrand hinausschauen würden.

[Beifall bei der SPD und der PDS – Zurufe von der CDU]

Ich setze mich eigentlich seit über einem Jahr nicht mehr mit Herrn Steffel auseinander, weil es sich im Prinzip gar nicht lohnt.

[Beifall bei der SPD]

- (D) Aber er hat aus Zeitungen zitiert und sich Sorgen gemacht, Sorgen um Berlin, um die Welt, um die Völker, die auf diese Stadt schauen, und noch viel mehr. Und er hat Recht, wenn man Zeitungen liest, muss man sich Sorgen machen. Ich bin ein Mensch, der nicht so schnell in Unruhe zu versetzen ist, aber heute und in den letzten Wochen bin ich wirklich unruhig geworden, denn heute die letzte Rede von Herrn Steffel als Fraktionsvorsitzender zu hören, das macht mich unruhig.

[Beifall bei der SPD]

Herr Steffel, geben Sie mir einen Hinweis, wie ich Ihnen helfen kann, damit Sie am nächsten Dienstag weiterhin Fraktionsvorsitzender der CDU bleiben.

[Henkel (CDU): Er braucht Ihre Hilfe nicht!
Er bleibt einfach!]

Geben Sie mir einen Hinweis, denn das macht mich wirklich sorgenvoll, dass Sie hier nicht mehr Fraktionsvorsitzender sein sollen.

[Zurufe von der CDU]

Nachdem die „Berliner Zeitung“ das heute berichtet hat, dass Herr Kurth nächsten Dienstag Fraktionsvorsitzender wird, bin ich wirklich in Unruhe. Deshalb habe ich heute Ihre letzte Rede gehört und mich gewundert, warum die Debatte erst am Dienstag kommt und nicht schon lange geführt wird.

Aber zu den Inhalten – und das ist doch genau Ihr Problem als Opposition. Man kann Ihnen doch nicht übel nehmen, wenn durch eine Indiskretion eine nicht autorisierte Liste in die Öffentlichkeit gespielt wird, auch das rein zufällig vor dem 22. September, dass Sie versuchen, das auszuschlachten. Das würde jeder Wahlkämpfer, jede Wahlkämpferin machen, ob Opposition von der CDU, von der FDP oder von den Grünen, das ist legitim, und damit kann man sich auch auseinander setzen.

[Zuruf des Abg. Ratzmann (Grüne)]

Nur kann sich die eigene Glaubwürdigkeit nicht darin erschöpfen, dass man so etwas kritisiert. Sie haben stolz verkündet, alle

RBm Wowereit

- (A) drei Oppositionsparteien zusammen, wir gehen vor das Landesverfassungsgericht, weil dieser Haushalt angeblich nicht verfassungsgemäß sein soll.

[Zurufe von der CDU und den Grünen]

Das erinnert mich an die Debatte 1993. Da hat der damalige Rechnungshofpräsident dem Finanzsenator Pieroth vorgeworfen, der **Haushalt sei nicht verfassungsgemäß**. Herr Pieroth hat dann geantwortet: Ich kann nicht mehr einsparen, weil sonst das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht in Unordnung geraten würde. – 1993, Pieroth, immer noch von der CDU!

[Gram (CDU): Verjährt! –

Dr. Lindner (FDP): Ihr schenkt euch auch nichts!]

Und wenn Sie der Meinung sind, dass Sie vor das Verfassungsgericht gehen – auch ein legitimes Recht –, dann gehe ich davon aus, dass Sie erwarten, dass Sie gewinnen.

[Eßer (Grüne): Da müssten Sie doch froh sein!]

Dann müssen Sie doch den Menschen sagen, die Konsequenz aus diesem „Sieg“ ist nicht die Giftliste von Herrn Sarrazin oder sonst jemandem mit 80 oder 400 Punkten,

[Henkel (CDU): Sie haben die Entlassungsurkunde schon dabei?]

sondern das totale Chaos, weil es bedeuten würde, dass wir aus dem Stand 4 Milliarden € aus dem Haushalt herausstreichen würden.

[Niedergesäß (CDU): Investitionen erhöhen!]

Da würden wir über gar nichts mehr diskutieren, schon gar nicht über Einzelmaßnahmen, weil wir die Gehälter dann nicht mehr bezahlen könnten.

[Beifall bei der SPD und der PDS –
Zurufe von der CDU und den Grünen]

- (B) Dieses Maß an Unseriosität wird Ihnen nicht mehr abgenommen, sich dann vor den Tierpark zu stellen und selber in Kauf zu nehmen, wenn das Verfassungsgericht Ihrer Klage stattgibt, dass ich alles einstellen muss, weil ich keinen Kredit mehr aufnehmen kann. Da müssen Sie sich einmal vorstellen, was Ihre Klage bewirken würde. Das gehört zur Wahrheit, die vor dem 22. September gesagt werden kann.

[Beifall bei der SPD und der PDS –
Ratzmann (Grüne): Das sollten Sie besser wissen!]

Und sich dann herumzudrücken und zu sagen, wir würden dann ein bisschen mehr Mittelstandspolitik machen und dann würde alles besser werden, ist illusionär, und das wissen die Menschen auch in der Republik.

[Gram (CDU): Da bricht man mal locker die Verfassung!]

Deshalb scheuen wir die Auseinandersetzung vor dem Verfassungsgericht überhaupt gar nicht.

[Wieland (Grüne): Ruhig bleiben!]

– Da bleibe ich ganz ruhig, Herr Kollege Wieland!

[Wieland (Grüne): Eben nicht!]

Denn vielleicht muss so etwas einmal in Berlin passieren, damit einigen der Ernst der Lage klar wird.

[Zurufe von der FDP]

Zur Haushaltskonsolidierung, und wenn sie noch so schmerzlich ist oder sein mag, gibt es keine Alternative. Der rot-rote Senat steht zu der Haushaltskonsolidierung.

[Beifall bei der SPD –
Zuruf von der FDP: Die PDS doch nicht! –
Weitere Zurufe von rechts]

Wer zu Recht die Hilfe des Bundes und der anderen Länder einfordert, der muss bei sich seine Hausaufgaben zuerst machen.

[Zuruf des Abg. Eßer (Grüne)]

Wir können es den Menschen in München oder in Rostock nicht zumuten, dass sie ihren Bürgerinnen und Bürgern weiter Einschränkungen machen, damit wir das, was diese Städte schon

- (C) längst getan haben, nicht mehr machen wollen oder nicht machen wollen. Dann werden Sie auch keine Solidarität für die Hauptstadt bekommen, und dann werden Sie auch keine Reaktion bekommen, denn das können Sie keinem klarmachen. Wenn wir darüber in dieser Stadt diskutiert haben, dass wir von 70 Bädern zehn Bäder stilllegen, weil wir die Investitionskosten und die Betriebskosten nicht mehr tragen können, dann haben andere Städte nicht mehr 60 Bäder zur Verfügung, sondern noch fünf oder wie Offenbach gar keines mehr.

[Mutlu (Grüne): Soll das die Messlatte sein?]

Da ist die Relation und die Realität in der Bundesrepublik Deutschland. Dies muss in Berlin endlich begriffen werden.

Was auch noch nicht begriffen worden ist im Hinblick auf die Auseinandersetzung vor dem Bundesverfassungsgericht: Herr Bundesfinanzminister Eichel hat dazu einiges gesagt, er hat nämlich noch einmal deutlich gemacht, dass diese Behauptung, Berlin gehe es so viel schlechter als den anderen Ländern, gar nicht zutrifft. Wir haben mehr Geld zur Verfügung pro Kopf der Bevölkerung als Bayern und Baden-Württemberg, als die reichen Länder. Das hat auch noch keiner in dieser Stadt begriffen,

[Zuruf des Abg. Ratzmann (Grüne)]

und zwar einfach aus dem Grund: Wir wären ganz pleite und arm, wenn wir mit unseren eigenen Steuereinnahmen auskommen müssten – das wären ungefähr diese 8 Milliarden, die uns zur Verfügung stehen –, dann wären wirklich richtig arm dran, aber deshalb gibt es das System des Länderfinanzausgleichs. Das bedeutet mit Bundesergänzungszuweisungen zusammen, dass wir noch einmal 4,5 Milliarden € dazu bekommen. Mit dieser Summe sind wir auf dem Niveau der reichen Länder Bayern und Baden-Württemberg.

[Dr. Steffel (CDU): Das ist ja interessant!]

Und jetzt nehmen wir noch 6,3 Milliarden € an Krediten auf. Mit dieser Summe haben wir die höchsten Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung in der gesamten Bundesrepublik, mehr als die reichen Länder Bayern, Baden-Württemberg oder Hessen jemals zur Verfügung hatten.

[Zuruf des Abg. Eßer (Grüne)]

Und das, Herr Eßer, das müssen Sie endlich begreifen. Das bedeutet de facto, zum Konsolidierungskurs gibt es überhaupt keine Alternative, sonst werden wir beim Bundesverfassungsgericht keine Chance haben, und wir brauchen die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts.

[Beifall bei der SPD –
Zurufe von der CDU und den Grünen]

Herr Sarrazin hat deutlich gemacht, dass der Schuldenabbau und die damit verbundenen Zinszahlungen von uns nicht zu leisten sind, weil der Rest der Konsolidierung, die wir selber tragen müssen, nämlich das abzubauen, was wir im Gegensatz zu anderen Bundesländern haben, schon solche horrenden Summen sind, dass wir da alle Hände voll zu tun haben und den Rest nicht schaffen können. Aber das eine, nämlich die eigenen Hausaufgaben, haben wir zu leisten. Deshalb gibt es die Verpflichtung eines jeden Finanzsenators oder einer jeden Finanzsenatorin, sich auch Gedanken zu machen, wie man den Haushalt strukturieren kann – und natürlich nicht nur in der Form, dass man die einzelnen Haushaltstitel durchgeht. Vielmehr geht es darum, Strukturen zu verändern. Und das tut der Senat, und zwar mit Strukturveränderungen, die teilweise schon beschlossen sind, jedoch auch weiter erarbeitet werden. Die Arbeit des Senats besteht auch darin, dass wir das Gemeinschaftsaufgabe begreifen und nicht als alleinige Zuständigkeit des Finanz- oder Innensensors. Jede Senatorin und jeder Senator muss von diesen Grundsätzen überzeugt sein. Deshalb haben wir die Arbeitsklausuren eingeführt, um das gründlich vorzubereiten.

Natürlich wird man verunsichern – das ist der Sinn der Sache –, wenn man Papiere einer Verwaltung ans Licht der Öffentlichkeit bringt. Herr Wieland, es ist keine Vernachlässigung des Respekts vor dem Parlament, Arbeitspapiere nicht als Parlamentsbeschluss vorzulegen. Ihnen werden die Beschlüsse

RBm Wowereit

- (A) des Senats vorgelegt, und sie müssen von ihnen gebilligt werden – genauso wie der Doppelhaushalt 2002/2003 von Ihnen diskutiert und gebilligt wurde. Den haben Sie abgelehnt.

[Zurufe von den Grünen]

Sie werden bei den nächsten Haushaltsberatungen für das Jahr 2004 – bei einem Doppelhaushalt auch für 2005 – nach der Sommerpause wieder die Beschlüsse des Senats bekommen. Aber Sie werden vorher keine Arbeitspapiere des Senats bekommen – auch nicht durch Indiskretionen, die der Presse zugespielt werden. Respekt übrigens vor der Presse, die das herausgefunden hat. In einer transparenten Gesellschaft ist das allerdings kein Wunder. Damit handelt es sich aber noch nicht um eine politisch abgestimmte Liste des Senats und auch nicht des Finanzsenators. Das ist schon fünfmal dargestellt worden. Deshalb hat es gar keinen Sinn, zu den Punkten im Einzelnen Stellung zu nehmen.

Der Grundsatz, dass im nächsten Haushalt mehr Ausgaben reduziert werden müssen, ist nicht verschwiegen worden – schon gar nicht vor der Wahl. Das ist ein Kernelement der Politik des rot-roten Senats. Wir haben das im Wahlkampf gesagt, und ich sage es heute, am 21. September, auch noch einmal ganz deutlich: Am Konsolidierungskurs führt kein Weg vorbei.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Das bedeutet für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt Einschränkungen. Das wird in einer pluralistischen Gesellschaft natürlich zu Auseinandersetzungen führen. Dafür haben wir Interessenvertreterinnen und -vertreter. Dafür haben wir Verbände. Deshalb ist es kein Wunder, dass mit einem Pawlowschen Reflex, immer wenn ein Vorschlag gemacht wird, alle – oder die Betroffenen – dagegen sind.

Vizepräsidentin Michels: Herr Regierender Bürgermeister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Geburtstagskindes, Herrn Czaja?

(B)

Wowereit, Regierender Bürgermeister: Das tue ich natürlich. – Herzlichen Glückwunsch auch vom Senat an Sie!

Vizepräsidentin Michels: Herr Czaja, Sie haben das Wort!

Czaja (CDU): Herr Wowereit, ich stelle mir bei dem Applausverhalten dieses Parlaments die Frage, für wen Sie derzeit gerade reden: Für die SPD oder die PDS? – Wenn ich auf die Internetseite von Herrn Liebich gehe, finde ich – –

[Zurufe Frage!]

Vizepräsidentin Michels: Herr Czaja, auch wenn Sie heute Geburtstag haben, kennen Sie die Gepflogenheiten. Ich bitte um eine kurze, knappe Frage!

Czaja (CDU): Sprechen Sie derzeit für den gesamten Senat oder nur für die SPD-Fraktion?

Wowereit, Regierender Bürgermeister: Ich spreche nicht für die SPD-Fraktion, sondern für den Senat. Stellen Sie sich das einmal vor! –

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Und dieser rot-rote Senat hat – anders als die große Koalition – bewiesen, dass er in der Lage ist, auch unangenehme Entscheidungen zu treffen, auch wenn die eigene Klientel davon betroffen ist. Das ist ein wohlthuender Unterschied zu der früheren großen Koalition. Zum Stil des Senats gehört es auch, die Dinge sachorientiert zu diskutieren und sie dann gemeinsam nach außen hin zu vertreten. Das hat der Senat bislang bewiesen.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Ich habe keinen Zweifel daran, dass der kleinere Koalitionspartner – Herr Liebich hat das für die PDS erklärt – fest zu den Vereinbarungen im Koalitionsabkommen steht.

- (C) Im Übrigen habe ich Verständnis dafür, dass Direktkandidatinnen und -kandidaten, die Angst haben, ob sie morgen gewählt werden, eine differenzierte Haltung einnehmen. Das gehört zum Wahlkampf. Man sollte sich davon nicht beunruhigen lassen.

[Dr. Lindner (FDP): Das ist das Beste! – Zuruf: Reden Sie von Herrn Benneter?]

– Der Herr Benneter hat doch große Chancen. Ich habe gehört, dass die CDU in Zehlendorf selbst ihren Kandidaten schädigt, indem sie „64 Jahre“ auf die Plakate klebt und deutlich macht, dass das der Neuanfang der CDU ist. Herr Benneter braucht sich demnach gar keine Sorgen zu machen. Die Steglitzer und Zehlendorfer wissen, dass Herr Benneter die bessere Alternative für den Deutschen Bundestag ist.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

– Herr Wambach, kandidieren Sie auch? – Sie kandidieren nicht. Da bin ich beruhigt, dass Sie mir erhalten bleiben.

Zu den Listen: Ich habe mich immer gewundert, dass in der Zeitung stand, dass es um 300 Punkte geht, aber in der Liste nur 80 stehen. Ich dachte: Es muss beim Finanzsenat doch noch etwas da sein.

[Czaja (CDU): Das haben wir uns auch gefragt!]

– Stimmt es, Herr Czaja? Das macht einen richtig unruhig. Aber Sie sind darüber ja freudig erregt. – Ich habe mir daraufhin tatsächlich etwas angefordert. Ich habe zwar keine Richtlinienkompetenz, aber ich habe es dennoch getan. Ich habe ganze Ordner mit Listen bekommen. Ich dachte: Bevor die auch noch in die Öffentlichkeit kommen, schaue ich sie mir vorher lieber an. – Da bin ich auch ein bisschen blass geworden, aber wir sind transparent. Ich werde Ihnen deshalb vorlesen, was in diesen Listen steht:

[Gram (CDU): Alle 220 bitte!]

- Reduzierung der Sportförderung um 30 Millionen, Privatisierung von Bädern – Einsparung 30 Millionen –, (D)

[Wieland (Grüne): Das ist die Kurth-Liste!]

Erhöhung der Gruppengröße in Horten von 20 auf 24, Reduzierung der Musikschulen, im Bereich der Opern,

– Frau Grütters! –

eine Einsparung von 120 Millionen, Zusammenlegung von vier Kunsthochschulen,

– Frau Grütters! –

[Rabbach (CDU): Das ist die Liste von Frau Fugmann-Heesing!]

Aufgabe des Universitätsklinikums Benjamin Franklin und Überführung in ein städtisches Krankenhaus, Abbau von 2 000 Betten, Fusion von Tierpark und Zoo, Wiedereinführung der Getränkesteuer,

– und, Herr Steffel, Sie wiesen darauf hin –

Einstellung der Filmförderung.

Ich könnte aus dieser Liste weiter zitieren. Ich habe zum Glück etwas weiter gelesen und auf das Datum geschaut: Die Liste ist von 1993, von Senator Pieroth in Zusammenarbeit mit Herrn Kurth als zuständigem Staatssekretär. Das ist die Politik der CDU.

[Anhaltender Beifall bei der SPD und der PDS]

Vizepräsidentin Michels: Herr Regierender Bürgermeister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Niedergesäß?

Wowereit, Regierender Bürgermeister: Herrn Niedergesäß gestatte ich das immer!

(A) **Vizepräsidentin Michels:** Das dachte ich mir.– Bitte schön!

Niedergesäß (CDU): Danke schön, Herr Regierender Bürgermeister! Erstens war Staatssekretär Kurth 1933 kein Staatssekretär,

[Heiterkeit – RBm Wowereit: Das stimmt, 1933 nicht!]

– 1993 kein Staatssekretär, und außerdem ist es ein bisschen abenteuerlich – –

Vizepräsidentin Michels: Herr Niedergesäß, eine Frage bitte! Wir haben eine Geschäftsordnung.

Niedergesäß (CDU): Außerdem frage ich Sie, ob die SPD damals nicht mit in der Koalition war.

[Beifall bei der CDU]

Wowereit, Regierender Bürgermeister: Ja, na klar, Herr Niedergesäß. Wir sitzen jetzt auch in der Koalition. Ich kann verstehen, dass Ihnen das Leid tut, aber es ist so. – Wir reden aber über den Inhalt von Listen aus der Finanzverwaltung. Das ist das, was Sie in Unruhe versetzt hat. Deshalb haben Sie diese Sondersitzung gewollt. Damit nicht weitere Indiskretionen kommen. Es gibt auch so etwas wie Kontinuität der Verwaltung. Deshalb sage ich lieber vorab, welche Liste in den Aktenschränken der Finanzverwaltung noch existieren und fahre fort, Herr Niedergesäß, damit Sie sich beruhigen können. Neben der von 1993 gibt es noch eine andere Liste, in der es munter weitergeht. Da steht drin:

Senkung der Zuschüsse für Privatschulen von 97 auf 90 %.

[Zurufe von der SPD: Hört, hört!]

(B) – Ich erinnere an die Debatten, die wir führten, als wir von 97 auf 95 oder 93 % absenken wollten. Hier steht der Vorschlag „auf 90 %“. –

[Rabbach (CDU): Auf Wunsch der SPD!]

Senkung der Zuschüsse für die Berliner Bäder Betriebe um insgesamt 45 Millionen, Einführung von Vorschulgebühren.

[Zurufe von der SPD: Hört, hört!]

Ich könnte fortfahren. – Diese Liste ist von Herrn Kurth, diesmal als Senator. Auch diese befindet sich noch in den Unterlagen der Finanzverwaltung.

Jeder kann nun vielleicht einmal beurteilen, was mit solchen Listen zu tun ist. Damals habe ich von Ihnen nicht erlebt, dass Sie hier, als Sie die Zuständigkeit hatten, diese Listen als Parlamentsvorlage eingebracht und anschließend dem Senat gesagt haben, er missachte die Rechte des Parlaments.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Bei allem Verständnis für Wahlkampf – auch von der Opposition ist ein gewisses Maß an Seriosität zu erwarten.

[Dr. Lindner (FDP): Kriegen Sie doch!]

Und auch durch die Verhinderung der SPD sind viele der Vorschläge von Herrn Kurth und Herrn Pieroth nicht umgesetzt worden, zur Recht nicht umgesetzt worden.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Auch Herr Wieland hatte in der glücklichen Zeit, als er Bürgermeister war, die Listen von Frau Krajewski nicht alle 1 : 1 umgesetzt, nicht?

[Wieland (Grüne): Die kannte ich gar nicht! –
Heiterkeit]

– Das kann ja gar nicht sein!

[Wieland (Grüne): Was ich nicht kenne,
kann ich nicht umsetzen!]

Der Herr Lindner hat uns doch gerade erzählt, der ganze Senat (C) kenne diese Listen. Jetzt sind meine Senatoren wieder ganz unruhig geworden.

[Beifall und Heiterkeit bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der PDS –

Dr. Steffel (CDU): Beantworten Sie meine Große Anfrage!]

– Herr Lindner, die Listen sind dem Senat tatsächlich nicht bekannt gewesen. Ich bin dankbar, dass Herr Wieland bestätigt, wie die Praxis im Senat aussieht. Da müssen Sie noch ein paar Jahrzehnte warten, Herr Lindner, dass Sie diese erwerben können, aber das kann ja alles noch kommen.

[Beifall bei der SPD –

Dr. Steffel (CDU): Beantworten Sie meine Fragen!]

– Wir sind bei der Sache, lieber Herr Steffel! – Und ich habe heute Zeit, sage ich Ihnen ganz deutlich, ich habe mich darauf eingestellt, dass wir eine lange Parlamentsdebatte haben, und die Zeit müssen wir uns denn auch nehmen. Sie wollten es doch, dass am 21. September die Öffentlichkeit noch einmal über grundsätzliche Politikunterschiede informiert wird. Die können wir gerne hier diskutieren und austragen.

Diese Aufgabe der Finanzverwaltung, ob das nun bei Herrn Pieroth war, bei Herrn Kurth, bei Frau Krajewski oder bei Frau Fugmann-Heesing und jetzt bei Herrn Sarrazin, ist es, sich selbstverständlich in Arbeitsgruppen oder ihrem täglichen Bereich Gedanken zu machen, wie wir diesen Haushalt konsolidieren können. Dies ist die Pflicht und Schuldigkeit einer jeden Finanzverwaltung. Da gibt es überhaupt nichts zu kritisieren. Das sage ich ganz deutlich: Herr Sarrazin hat hier keine Liste vorzulegen oder sich von einer zu distanzieren. Es ist ein Arbeitspapier, und so muss es auch behandelt werden.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall von der PDS –

Dr. Lindner (FDP): Stimmt doch überhaupt nicht!]

Natürlich wird bei den Haushaltsberatungen und bei den anderen (D) Beschlüssen des Senats, aber auch des Parlaments politisch über fachtechnische Vorschläge zu diskutieren sein.

[Zuruf des Abg. Eßer (Grüne)]

Da ist heute schon einiges erklärt worden. Selbstverständlich ist es abstrus, Kitagebühren um 100 Prozent zu erhöhen, das sage ich hier ganz deutlich,

[Zuruf der Frau Abg. Senftleben (FDP)]

aber das sage ich nicht, weil Wahlkampf ist, sondern das sage ich Ihnen auch nach dem 22. September. Das ist abstrus, und deshalb wird das niemals beschlossen werden, ganz klipp und klar.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Aber der Senat und auch die Opposition dieses Haus werden sich unter den finanziellen Belastungen und den finanziellen Eckpunkten mit strukturellen Veränderungen auseinander setzen müssen.

[Zuruf von der CDU: Welchen?]

Vizepräsidentin Michels: Herr Regierender Bürgermeister! Der Abgeordnete Dr. Lindner möchte gerne eine Zwischenfrage stellen.

Wowereit, Regierender Bürgermeister: Aber bitte sehr, Herr Lindner!

Vizepräsidentin Michels: Bitte sehr, Herr Lindner!

Dr. Lindner (FDP): Sie haben uns gerade auseinander gesetzt, um wie viel die **Kitagebühren** nicht erhöht werden sollen. Können Sie uns auch einen Hinweis darauf geben, um wie viel sie erhöht werden?

(A) **Wowereit**, Regierender Bürgermeister: Herr Lindner, wenn Ihre Klage vor dem Landesverfassungsgericht Erfolg hat, dann kann ich Ihnen die Frage überhaupt nicht beantworten, sage ich Ihnen ganz deutlich.

[Beifall von der SPD – Vereinzelter Beifall von der PDS – Dr. Lindner (FDP): Sie können sie nicht beantworten!]

Sie müssen nämlich immer Ihr konkretes Handeln mit den Reaktionen, die Sie damit selbst auslösen, in Relation bringen.

[Gewalt (CDU): Er antwortet nicht!]

Wir werden die Schwerpunktsetzung der Koalition, nämlich in Wissenschaft, Kultur, Bildung und Ausbildung durchsetzen und sozial gerecht, damit es nicht nur den Reichen in unserer Gesellschaft gut geht, sondern auch die sozial Schwachen und die Familien, die Hilfe brauchen, diese auch bekommen.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Dazu gehört es eben auch, dass man, wenn man heute 5 % spart, dafür den Grundstock schaffen will, dass man demnächst darauf auch noch 95 % zahlen kann. Wer es nicht begreift, dass die Flucht in die Kreditaufnahme die Zukunftschancen von den jüngeren Generationen vernichtet,

[Dr. Lindner (FDP): Ja, genau!]

der hat eben in der Politik nichts zu suchen. Deshalb sitzen Sie in der Opposition.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Natürlich ist es doch jedem im Land Berlin klar, dass eine solche emotionale Debatte um die Frage **Tierpark** Ja oder Tierpark Nein wunderbar für Emotionen ist.

[Dr. Lindner (FDP): Das war nicht emotional, das war hysterisch!]

Das war doch klar, dass erst das Elefantenbaby auf die Titelseiten gehievt worden ist, nach dem Motto: Der Sarrazin hat Böses mit diesem kleinen Elefanten vor.

(B)

[Heiterkeit bei der SPD und der PDS]

Und ich finde es ja gut, dass sich auch Politikerinnen und Politiker in den Tierpark hineinbegeben oder sich davor hinstellen.

[Zuruf des Abg. Gram (CDU)]

Herr Müller hat offensichtlich die gleichen Zeitungen gelesen. Es gab auch noch ein schönes Bild von der PDS,

[Bm Wolf: Aber ohne Bär!]

Herr Liebich, das ist eine Alternative zur CDU, sie haben wenigstens gesagt, sie bezahlen den Jahresbeitrag für den Tierpark, hoffentlich sind die Formulare nicht nur mitgenommen, sondern auch abgeschickt worden. Wenn Sie alle in den Tierpark gehen, sind die Einnahmen schon besser und der Zuschuss kann weniger werden. Das ist eine Politik, die man betreiben kann – und nicht nur in Wahlkampfzeiten.

[Beifall und Heiterkeit bei der SPD und der PDS]

Und die Frage bei Tierpark und Zoo ist in der Tat eine strukturelle. Da geht es nicht darum, ob eine Einrichtung geschlossen wird, sondern darum, ein Konzept zu erarbeiten. Der Zuschussbedarf für den Tierpark ist eben wesentlich höher als der für den Zoologischen Garten, nicht weil die Menschen dort schlechter arbeiten oder dort nicht hingehen, sondern weil es weniger Erbschaften und Spenden gibt. Deshalb muss konzeptionell erarbeitet werden, wie man es erreichen kann, dass man dort künftig höhere Einnahmen hat und weniger Kosten, und deshalb muss der Zuschuss reduziert werden. An der Reduzierung des Zuschusses für Tierpark und Zoologischen Garten führt kein Weg vorbei. Das kann man offen sagen.

[Zuruf des Abg. Hahn (FDP)]

Deswegen werden Zoo oder Tierpark nicht geschlossen oder Tiere verkauft oder sonst etwas, sondern das sind Umstrukturierungsprozesse, die wir erarbeiten müssen.

[Zuruf des Abg. Eßer (Grüne)]

Das ist nur ein kleines Beispiel für einen notwendigen Umstrukturierungsprozess.

(C)

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Wir haben Prioritäten gesetzt im Haushalt, werden das auch bei schwacher Kasse machen. Bei der **Filmförderung** beispielsweise, Herr Steffel, haben wir dafür gesorgt, dass ab 2003 2,5 Millionen € mehr zur Verfügung stehen. Das muss ein Schwerpunkt für die Region Berlin-Brandenburg sein. Ich hoffe, dass Brandenburg nachzieht.

[Zuruf des Abg. Hahn (FDP)]

Wir geben noch viel Geld aus, trotz der Einsparbemühungen.

[Hahn (FDP): Und was kommt dabei heraus?]

Dabei müssen wir uns um die wichtigen Punkte bemühen.

Auch die **Solidarpaktverhandlungen** sind ein wesentlicher Punkt. Sie werden aber nicht einfacher werden, wenn Sie den Vertretern der öffentlichen Gewerkschaften immer das Gefühl suggerieren, im öffentlichen Dienst müsse sich nichts ändern, es könne alles bleiben, wie es ist. Dann werden diese Verhandlungen nicht erfolgreich sein.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Wir können nicht mehr so weitermachen im öffentlichen Dienst. Wer auf **betriebsbedingte Kündigungen** verzichten will – und das will ich –, der muss dann andere Kostenreduzierungen durchsetzen. Das ist in privaten Unternehmen so, das muss im öffentlichen Dienst auch einmal Eingang finden, aber nicht bei den Beschäftigten zuerst, sondern bei uns selbst, bei der Politik. Die Menschen in dieser Stadt nämlich sind viel mutiger. Politik ist hasenfüßig und hat immer Angst, den Menschen die Wahrheit zu sagen.

[Dr. Lindner (FDP): Ihr Senat und Ihr Koalitionspartner sind hasenfüßig!]

– Sie haben ja lange Beine, Sie schlagen solche Haken, da kann man gar nicht mehr hinterherkommen, Herr Lindner! Aber auch das wird sich erledigen.

(D)

[Dr. Lindner (FDP): Das war daneben!]

Wir werden konsequent an der Umstrukturierung des öffentlichen Bereichs weiterarbeiten. Bei den großen Themen sind wir gut vorangekommen in diesen wenigen Monaten der Regierungszeit von Rot-Rot. Und wir werden erfolgreich daran weiterarbeiten. Das ist ein schwieriger und steiniger Weg und wird auch innerhalb der Sozialdemokratie und innerhalb der PDS zu vielen Diskussionen führen. Daraus machen wir keinen Hehl, das sind ganz schwierige Wege, die man beschreiten muss, und das gibt Auseinandersetzungen. Aber wir führen diese Auseinandersetzungen und kämpfen für den Mentalitätswechsel, während Sie weiterhin in der Vergangenheit verharren wollen. Dem werden wir eine Absage erteilen.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Selbstverständlich brauchen wir zur verbesserten wirtschaftlichen Situation gute Rahmenbedingungen. Deshalb kann ich mich dem Appell des Kollegen Wieland ruhig anschließen, dass Grundvoraussetzung dafür ist, dass am 22. September, nämlich morgen, die erfolgreiche Arbeit der rot-grünen Bundesregierung fortgesetzt wird. Das ist ein Grundstein, damit es in Berlin aufwärts und besser geht.

[Beifall bei der SPD – Vereinzelter Beifall bei den Grünen – Ritzmann (FDP): Das ist nicht so, Herr Wowereit!]

Wollen Sie jetzt die Beantwortung Ihrer Fragen noch haben?

[Henkel (CDU): Sie geben jetzt zu, dass Sie die Fragen nicht beantwortet haben! Das soll er jetzt machen!]

Oder sollen wir darauf verzichten?

[Dr. Steffel (CDU): Wir wollen die Antworten hören!]

(A) **Vizepräsidentin Michels:** Herr Regierender Bürgermeister! Sie wissen, die Geschäftsordnung lässt es eigentlich nicht so zu, weil es keine Begrenzung der Redezeit des Senats gibt, aber wir haben uns im Ältestenrat in Angleichung an die Fraktionsredezeit auf die Empfehlung geeinigt. Vielleicht ist es möglich, langsam auch daran zu denken.

Wowereit, Regierender Bürgermeister: Ganz ruhig! Nein, die Geschäftsordnung – mit mir hat das keiner abgesprochen.

[Zuruf der Frau Abg. Jantzen (Grüne)]

Ich habe gehört, dass die Opposition Wert darauf legt, dass die Regierung hier ausführlich Stellung nimmt.

[Beifall bei der SPD –
Dr. Lindner (FDP): Sie verwechseln ausführlich
mit ausschweifend!]

Und ich behalte mir auch das Recht vor. Es kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass ich noch einmal rede, es kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass der gesamte Senat heute noch einmal hier redet. – Ist das zulässig?

[Gram (CDU): Wir wollen Sarrazin hören! Thilo nach vorne! –
Zuruf des Abg. Dr. Heide (CDU)]

Vizepräsidentin Michels: Aber selbstverständlich haben Sie weiter das Wort!

Wowereit, Regierender Bürgermeister: So, dann haben wir die Geschäftsordnung geklärt.

[Dr. Steffel (CDU): Sie reden ausschweifend,
aber nicht ausführlich!]

Ich finde, es ist ganz wichtig, dass wir diese Debatte in aller Ausführlichkeit führen.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

(B) Ich dachte auch schon, alle Punkte beantwortet zu haben, aber ich mache es jetzt noch einmal formal, trotz des Hinweises. Die CDU-Fraktion will das so haben.

Zu 1: Der Regierende Bürgermeister steht zu seiner früher getroffenen Aussage. Alle weiteren Unterstellungen entbehren jeder Grundlage.

[Beifall bei der SPD]

Vizepräsidentin Michels: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wellmann von der CDU-Fraktion?

Wowereit, Regierender Bürgermeister: Ja, aber gerne. Ein lebendiges Parlament mit der Diskussion zwischen Regierung und Opposition macht doch immer Spaß.

Vizepräsidentin Michels: Bitte!

Wellmann (CDU): Wo Sie schon ausführlich sprechen, sind Sie denn auch bereit, einige Worte des politischen Gedenkens an Frau Däubler-Gmelin zu richten?

[Oh! bei der SPD]

Wowereit, Regierender Bürgermeister: Hatten Sie diese Frage vergessen, oder reichen Sie die noch als Dringlichkeitsantrag nach, Herr Wellmann?

[Henkel (CDU): Sie steht auf der Sparliste!]

– Wer hier wo gespart wird, das warten wir einmal ab, Herr Lindner. Ich hätte mich gefreut, dass Sie etwas zu dem unsäglichen Treiben von Herrn Möllemann hier in der Sitzung gesagt hätten, das sage ich Ihnen ganz deutlich.

[Beifall bei der SPD, der PDS und den Grünen –
Krestel (FDP): Was hat das mit der Sparliste zu tun?]

– Wenn die Fragen hier gestellt werden, müssen sie beantwortet werden.

Zu 2: Der Senat wird für sein Haushaltskonsolidierungskonzept einen breiten gesellschaftlichen Konsens anstreben und erreichen. Er wird sein Konzept allerdings in einer von ihm durch Senatsbeschluss autorisierten Fassung vorlegen.

Zu 3, 6, 7, 8 und 10: Der Senat wird zum gegebenen Zeitpunkt auf der Grundlage eines geordneten Verfahrens die Beschlüsse fassen, die zur Fortführung der Konsolidierung im Land Berlin erforderlich sind. Diese Beschlussfassung wird auch die notwendige Prioritätensetzung beinhalten. Bis zu diesem Zeitpunkt sind alle Spekulationen über den möglichen Beschlussinhalt überflüssig. Im Übrigen hat der Senat keines der bereits eingeleiteten Vorhaben verzögert.

Zu 4 und 5: Die Beschlüsse des Senats zur weiteren Haushaltskonsolidierung zur Vorlage des Haushaltsplanentwurfs für 2004 werden dem Abgeordnetenhaus nach dem dafür vorgesehenen Verfahren unterbreitet.

Zu 9: Bereits heute leistet der Bund umfangreiche Zahlungen im Rahmen der Hauptstadtfinanzierung. Weitere Verbesserungen des finanziellen Engagements des Bundes in Berlin konnte der Senat in seiner Sitzung mit dem Kabinettsausschuss „Neue Länder“ der Bundesregierung am 15. Mai 2002 erzielen. – Soweit die Beantwortung der Großen Anfrage.

Lassen Sie mich zum Schluss – neben dem generellen Appell, die Bundesregierung weiterhin zu wählen, den ich schon abgegeben habe –, eines ganz deutlich sagen: Ich kann verstehen, dass einige Menschen meinen, dass diese Koalition sich auseinander bewegt

[Zuruf des Abg. Henkel (CDU)]

oder dass es eine Diskrepanz zwischen dem Regierenden Bürgermeister und dem Finanzsenator gibt. Ich erkläre Ihnen dazu klipp und klar: Diese Koalition ist bis zum Jahr 2006 gewählt, und sie wird bis 2006 halten und eine erfolgreiche Arbeit für die Berlinerinnen und Berliner machen.

[Beifall bei der SPD und der PDS –
Dr. Heide (CDU): Das haben wir schon einmal gehört!]

Finanzsenator Sarrazin macht einen guten Job und hat das volle Vertrauen des Regierenden Bürgermeisters. Ich werde mit ihm gemeinsam und mit allen Kabinettskolleginnen und -kollegen den Konsolidierungskurs, der für diese Stadt notwendig ist, erfolgreich zu Ende führen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Vizepräsidentin Michels: Meine Damen und Herren! Ich mache Ihnen jetzt einen Vorschlag für die Redezeiten während der zweiten Runde. Im Interesse der Aussprache, das ist von allen Fraktionen so gewünscht worden, werden wir die vereinbarten Redezeiten großzügig behandeln, so dass die Fraktionen genügend Möglichkeit haben, darauf zu erwidern.

Das Wort für die CDU-Fraktion hat nunmehr der Herr Abgeordnete Zimmer – bitte schön!

Zimmer (CDU): Vielen Dank Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das war nun eine weitere Episode aus Monty Wowereit's Flying Circus. Ich muss sagen, ich finde es peinlich, dass ein Regierender Bürgermeister in dieser Art und Weise mit den Sorgen der Berlinerinnen und Berliner, die in den letzten Tagen auch artikuliert worden sind, umgeht.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Das ist eine besondere Form der Politikunfähigkeit, die ich ausgesprochen bedauerlich finde, weil es schwer fällt, sich damit inhaltlich auseinanderzusetzen. Inhaltlich, Herr Wowereit, haben Sie uns gar keine Antworten gegeben, Sie haben nur viel erzählt.

[Gaebler (SPD): Sie bringen jetzt den Inhalt?]

Sie haben versucht, durch den Dialog, den Sie mit den Abgeordneten geführt haben, über die Belanglosigkeiten Ihrer Äußerungen hinweg zu täuschen. Aber inhaltlich habe ich von Ihnen nichts gehört, schade.

Zimmer

- (A) Was Sie nicht verstanden haben, darauf kann ich Ihnen eine Antwort geben, ist die Konsequenz aus der **Verfassungsklage**. Die Konsequenz aus der Verfassungsklage, wenn Sie erfolgreich ist, ist das Ende Ihrer destruktiven Haushaltspolitik,

[Gelächter des Abg. Gaebler (SPD) –
Beifall bei der FDP]

denn – Herr Gaebler, da müssen Sie gar nicht lachen – wenn Sie Herrn Wowereit zugehört haben, stellen Sie fest: Er sagt: Kreditaufnahme auf Kosten späterer Generationen sei verwerflich. – Worum geht es denn in der Verfassungsklage? – Genau das soll beendet werden, dass Sie Kredite aufnehmen, denen kein realer Gegenwert gegenübersteht, das ist der Inhalt unserer Verfassungsklage.

[Zurufe der Abgn. Gaebler (SPD) und Liebich (PDS)]

Sie versuchen fortgesetzt, die Berlinerinnen und Berliner für dumm zu verkaufen. Ich glaube aber nicht, dass Ihnen das gelingen wird. Jeder, der in der Lage ist zu lesen, wird auch wissen, was er davon zu halten hat, jeder, der in der Lage ist zu hören, wird wissen, was er von Ihren Ausführungen zu halten hat. Wir haben in der Tat am vergangenen Donnerstag nach dieser Liste gefragt. Wir haben Sie gebeten, in einer Aktuellen Stunde in einem geordneten Verfahren dazu Stellung zu nehmen, wie Ihre Vorstellungen konkret aussehen. Aber Sie wollten Bundestagswahlkampf betreiben, indem Sie über die Hartz-Kommission gesprochen haben. Anschließend beschwerten Sie sich allen Ernstes, dass – nachdem diese Liste in der Öffentlichkeit kursiert – dieses Parlament, die gewählten Volksvertreter, sich mit Ihnen darüber unterhalten wollen. Schönen Dank, das ist ein wunderbares Demokratieverständnis.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Die PDS-Fraktion ist sich nicht sicher, was sie mit der Liste machen soll. Auf der einen Seite ist es unangenehm, denn es geht um ihr potentiell Klientel. Der parlamentarische Geschäftsführer sagt: Danke Opposition, dass wir uns heute noch einmal darstellen und klarstellen können, dass wir das alles gar nicht so wollen. – Das klang ein bisschen bei Herrn Liebich heraus. Herr Hoff erzählt mir jedoch vorhin im Hauptausschuss: Zu dieser Liste geben wir gar keinen Kommentar ab, das ist ein Non-Paper, dazu haben wir nichts zu sagen. – Das klang jetzt ein wenig anders,

(B)

[Doering (PDS): Was ist denn jetzt anders?]

weil Ihnen aufgefallen ist, dass man es sich nicht so einfach machen kann, mit diesen Vorschlägen umzugehen. Man kann nicht so tun, als wären sie nicht existent, denn sie sind in der Welt und man muss darüber reden.

Und was fällt Herrn Sarrazin dazu ein? – Herr Sarrazin sagt: Das ist ein Liste, die ist technisch. Die Technik gibt den Rahmen vor, und die Politik muss sich dann innerhalb dieses Rahmens bewegen. – Ich habe eigentlich immer geglaubt, dass die Politik den Rahmen vorgibt und die Haushaltspolitik dann die Technik vorgibt, wie man es umsetzt. Dazu scheinen Sie ein etwas anderes Verständnis zu haben. Aber ich gebe zu, Politikferne ist offensichtlich eine Ihrer Grundtendenzen. Der eigentliche Skandal ist in der Tat, dass man diese Listen in der Zeitung liest, sie aber im Parlament nicht diskutiert, sie nicht diskutieren will, sie uns nicht vorlegt, nicht einmal in Haushaltsberatungen mit solchen Vorschlägen kommt. Wenn Sie wenigstens sagen würden: Okay, wir sehen es ein, wir haben uns vergriffen mit unserem Doppelhaushalt, wir machen einen Nachtragshaushalt – woran vermutlich gar kein Weg vorbeiführt –, dann können Sie alle Ihre Vorschläge dort vorstellen, dann können Sie mit uns darüber diskutieren. Aber Sie behaupten, Sie brauchten gar keinen Nachtragshaushalt und machen weiter wie bisher, indem Sie mit vorläufiger Haushaltswirtschaft bzw. Haushaltssperre arbeiten und so alles tun, was eine vernünftige parlamentarische Kontrolle ausschließt. Deswegen ist es so wichtig, heute über diese Vorschläge zu reden, weil Sie vorhaben, Ihre Vorschläge im Vollzug umzusetzen und nicht mit uns zu diskutieren und nicht in ein geordnetes Verfahren einzuführen. Das ist der eigentliche Skandal an dieser Giftliste.

[Beifall bei der CDU]

Herr Sarrazin erzählt uns heute Morgen im Hauptausschuss, wenn man es mit Argentinien vergleiche, dann hätten die Argentinier im Vergleich zum Land Berlin geordnete Haushaltsverhältnisse. Herr Sarrazin, dazu sage ich nur: „La cuenta, por favor“, lassen Sie sich die Spesenrechnung geben und suchen Sie sich einen neuen Job. – Wenn das Ihre Einstellung zu den Berliner Haushaltsproblemen ist, dann haben Sie es auch nicht richtig verstanden.

[Beifall bei der CDU –
Dr. Heide (CDU): Ab in die Pampa!]

Dann erzählt uns Herr Müller, der der Verhandlung auch nicht mehr folgt – oder hat er sich in eine Ecke verzogen? – nein, er ist nicht mehr da, ist auch nicht so schlimm: Bei seiner Rede habe ich mich ohnehin gefragt, ob er sonst eigentlich zuhört. Offensichtlich tut er es nicht. Ich weiß nicht, wo er ist, wenn in diesem Parlament debattiert wird, aber er hört nicht zu.

[Pewestorff (PDS): Er kommt gerade herein!]

– Hallo, Herr Müller, schön, dass Sie auch da sind. **Facility-Management**: Dazu wird von Herrn Liebich gesagt, Facility-Management sei auf dem Weg. – Wohin denn? Wo ist das Facility-Management abgeblieben? – Offensichtlich in den Untiefen der Koalitionsrunden.

[Liebich (PDS): Rolle rückwärts!]

– Ja, Herr Liebich, Sie sind nicht einmal in der Lage, einen Koalitionsbeschluss zu Stande zu bekommen, wenn es darum geht, Facility-Management umzusetzen. Sie dann bei der Opposition beschwerten, das finde ich großartig. Sollen wir Ihnen helfen?

[Beifall bei der CDU]

Sollen wir Ihnen die Mehrheit beschaffen gegen die SPD-Fraktion? – Das könnte ja sein, dann reden Sie aber mit uns, wenn Sie eine gute Idee haben und nicht in der Lage sind, in dieser Koalition Ihre eigenen Dinge durchzusetzen, das mag alles sein.

Wo ist denn Ihr **Beteiligungsmanagementkonzept**, das wir eingefordert haben? – Da wird gesagt, ach, wir haben so viele große Probleme. Und weil wir so viele Probleme haben, kommen wir nicht dazu, sie zu lösen. Das ist ja auch eine wunderbare Einstellung. Das zeigt diese Zielgerichtetheit Ihrer Politik. Das ist ausgesprochen beeindruckend: Vermögensaktivierung passiert nichts, der Stellenpool, den Sie in Aussicht gestellt haben, ist nicht mehr existent. Sie scheuen sich vor jeder Strukturveränderung. Nicht einmal die OFD konnten Sie auflösen, als wir uns darüber unterhalten hatten, wo Sie mal konkret hätten Geld einsparen können. Dafür haben Sie nicht die Kraft. Berlin hat ein Managementproblem, und das ist versammelt auf diesen beiden Bänken links und rechts von mir.

[Beifall bei der CDU –
Liebich (PDS): Schauen Sie mal nach da!]

Und dann kommt noch die **Bankgesellschaft**. Die ist auch immer ganz beliebt. Ich will Ihnen nur eins sagen: Wie steht es denn mit dem Verkauf beispielsweise der Bankgesellschaft? Wie sieht es denn aus mit den Regressforderungen gegen diejenigen, die tatsächlich auch den verursachten Schaden beheben könnten? Was haben Sie denn getan, wer hat denn hier die exekutive Verantwortung? Wo sind denn die Berichte, in denen Sie uns mitteilen, wen Sie verklagt haben, wo Sie sich das Geld zurückgeholt haben? – Da nützt es nichts, sich hier hinzustellen und zu lamentieren für Dinge, die Sie die vergangenen Jahre hier mit verantwortet haben. Das ist unerträglich.

[Dr. Zotl (PDS): Das ist doch nicht zu fassen!]

– Ach, das ist doch die blanke Wirklichkeitsverweigerung, auch bei Ihnen. Herr Dr. Zotl, Entschuldigung, was tun Sie denn? Sie sind doch in der Regierungskoalition. Was tun Sie denn? – Nichts!

[Doering (PDS): Da kann man nichts machen,
das ist das Problem!]

Die Ergebnisse sehe ich jedenfalls nicht. Dann legen Sie sie doch vor. Lassen Sie doch Frau Schubert vortragen, dann wissen wir, wie weit wir sind. Was Sie machen, ist eine Politik ohne

Zimmer

(A) Anstand. Sie versuchen, durch permanente Tabubrüche, Herr Sarrazin, die öffentliche Meinung zu zermürben. Was Sie nicht tun, ist, dass Sie den Menschen in die Augen schauen, denen Sie dann diese Kürzungen und diese Diskussion aufbürden. Sie können ja mal die Frau Radziwill fragen, als sie in dem gefüllten BVV-Saal war beispielsweise in Schöneberg, oder die Frau Simon, wie das gewesen ist, den Menschen zu erklären, dass die Arbeit, die sie dort leisten, nicht mehr fortgeführt werden kann, weil Technokraten am grünen Tisch sitzen und sagen: Ich will mich nur über Zahlen unterhalten, was dahinter steckt, interessiert uns nicht. Ich will Ihnen mal eins sagen: Sie haben ein Problem, Sie haben nicht verstanden, dass Politik bedeutet, soziales Zusammenleben zu organisieren. Und diesem Anspruch werden Sie wahrlich nicht gerecht.

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Statt dessen säen Sie Existenzängste statt Zukunftsglaube, Abwehrkämpfe statt Miteinander, um für eine Lösung zu arbeiten.

Deswegen finde ich im Übrigen, Kollege Lindner, sehen Sie es mir nach, ich muss es doch sagen, an dieser Stelle die Diskussion über die **Beschäftigungssicherungsvereinbarung** doch dezidiert anders. Sie werden das Problem im öffentlichen Dienst, Sie werden die Struktur des öffentlichen Dienstes nur mit den Mitarbeitern im öffentlichen Dienst verändern können, nicht gegen sie.

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Und deswegen sind Vorstöße wie, die Beschäftigungssicherungsvereinbarung nicht zu verlängern oder auch das Personalvertretungsgesetz in dieser Form zu ändern, meine ich, nicht zielführend. Aber trotzdem, das sehe ich ein, das ist Ihrer liberalen Weltsicht geschuldet, das sei Ihnen auch zugestanden.

Die Rede heute von Herrn Wowereit und die Tatsache, dass Sie vorher haushaltspolitischer Sprecher Ihrer Fraktion waren, macht mir jetzt einiges klar. Es ist schade für Berlin, dass Sie jetzt auch noch die exekutive Verantwortung haben. Sie können aber sicher sein, wir werden nicht müde werden, Sie auch dazu zu zwingen, sich hier weiterhin zu den Dingen zu bekennen, die Sie in dieser Stadt vorhaben.

[Beifall bei der CDU]

Vizepräsidentin Michels: Danke schön! – Für die SPD-Fraktion hat das Wort die Abgeordnete Dunger-Löper. – Bitte sehr!

Frau Dunger-Löper (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eigentlich müsste das Herz einer jeden Haushaltspolitikerin höher schlagen, wenn das Abgeordnetenhaus in einer Sondersitzung zu Haushaltsfragen an einem Sonnabendvormittag tagt. Der Hauptausschuss hat das ja schon mal gemacht, aber das Parlament insgesamt? – Ich kann mich nicht daran erinnern. Und diese „unerotische Haushaltsfrage“ in den Mittelpunkt stellen, das sollte man ja fast als ein Zeichen dafür nehmen, dass diese Stadt und ihre Politiker, dieses Abgeordnetenhaus, in der Realität angekommen sind.

[Frau Jantzen (Grüne): Schon länger!]

Leider hat das Ganze so ein Geschmäckle, zwei kleine Webfehler will ich das mal nennen. Heute ist nämlich kein gewöhnlicher Sonnabend, sondern der letzte vor der Bundestagswahl. Und der Anlass sind so genannte Giftlisten aus der Finanzverwaltung, die sowohl der Finanzsenator wie auch der Regierende Bürgermeister als rein fiskalische Zusammenstellungen ohne jegliche politische Wertung qualifiziert haben, die unautorisiert in die Öffentlichkeit gelangt sind, ein in Berlin – das wissen wir alle – leider nicht ganz ungewöhnlicher Fall, wenn man ihn auch bedauern mag. Auch vormalige Finanzsenatoren – hier sind schon mehrere angesprochen worden, wie Herr Kurth und Frau Fugmann-Heesing und andere – haben ja solche Sammlungen von Vorschlägen in Auftrag gegeben. Jeder Bezirksstadtrat für Finanzen, ich hoffe auch die von der CDU, hat sie für seinen Bezirk in der Schublade liegen, um darüber zu diskutieren, was

kann man machen, was kann man nicht machen, welche Auswirkungen hat es. Aber diese Sammlungen sind mechanische Übungen mit Zahlen. Über die Frage der politischen Bewertung einzelner Punkte enthalten sie ausdrücklich keine Aussagen. Und ein Blick auf diese Aufzählungen lässt das auch ohne tieferes Verständnis von der Materie her erkennen.

Ich will hier ein Beispiel aufgreifen, das Herr Steffel anfangs eingeführt hat, die totale Streichung der **Zuwendungen für Verfolgte des NS-Regimes**. Es taucht auf jeder Liste auf, die wir in den letzten Jahren irgendwann mal gesehen haben. Aber wir glauben doch im Ernst nicht daran, dass irgendjemand in diesem Hause, ich schließe dabei übrigens auch die versammelten Medienvertreter hier ein, die nicht unwesentlich an der aktuellen Aufregung teilhaben, glaubt wirklich jemand, dass dies ein politisch abgewogener Vorschlag ist, der die Unterstützung von Senat oder Abgeordnetenhaus finden konnte? Ich glaube das nicht, und ich sage das mit fester Überzeugung, da können Sie ganz sicher sein. Also dieses Beispiel verdeutlicht schon, was für eine Qualität von Liste wir hier haben. Und ob das den Anlass rechtfertigt, hier und heute eine solche Diskussion zu führen, das muss man denn doch mal in Frage stellen.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Aus meiner Sicht kann ich nur sagen: Der Termin für die Diskussion ist ungeeignet, und der Anlass ist es auch.

[Beifall bei der SPD – Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Aber wenn wir schon beim Thema Konsolidierung und Zukunftssicherung für die Stadt Berlin sind, und das sind die eigentlichen Kernpunkte, um die es hier geht, dann möchte ich auch nicht versäumen, dieses noch einmal in einer bestimmten Richtung darzustellen, so, wie ich, aber auch die gesamte SPD-Fraktion es hier sehen. Und ich möchte gleichzeitig auch bei Ihnen, bei der Opposition, dafür werben, dass Sie diesen Weg konstruktiv mitgehen, denn wir brauchen für diesen Weg alle.

[Dr. Lindner (FDP): Da ist kein Weg! Wo soll der sein?]

Was wir, Senat und Parlament, zu leisten haben, ist, die Perspektiven dieser Stadt abzusichern, einer Stadt, die wir als Stadt des Wissens, als Stadt der Chancen und Initiativen weiterentwickeln wollen. Diese Prioritäten und Perspektiven müssen wir in eine Strategie der stadtpolitischen Entwicklung einfließen lassen, die übrigens weit über diese Legislaturperiode hinausreichen muss. Und deshalb ist es um so wichtiger, hier einen Konsens über die handelnden Parteien hinaus zu finden.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Wir haben dazu eine Haushaltspolitik zu entwickeln, die innerhalb der engen Grenzen des Konsolidierungspfades, wir haben darüber ja nun schon hinreichend gesprochen, die aber innerhalb dieser doch immerhin knapp 20 Milliarden € pro Jahr, absolut, eine erhebliche Verteilungsmasse darstellen. Und auch diese Prioritäten müssen in dieser Haushaltspolitik abgebildet werden.

Lassen Sie mich einen ganz kurzen Rückblick machen. Unsere Stadt hat eine ganz besondere Entwicklung durchlaufen, die wir sicherlich an keiner Stelle, weder in der Bundesrepublik, noch in Europa wiederfinden werden. Wir haben eine deutsche Hauptstadt erst seit 1871, das sind gerade mal 130 Jahre, eine Stadt mit einem rasanten industriellen Wachstum, also mit ständigen Umbrüchen. Wir hatten dann die Hauptstadt der Weimarer Republik – Sie wissen alle, was das bedeutet hat –, aber natürlich auch die Hauptstadt des nationalsozialistischen Regimes. Wir haben eine Stadt, die die am stärksten zerstörte des Zweiten Weltkriegs war, anschließend eine Stadt, die geteilt war, mit einer massiven wirtschaftlichen Degression; Mauerstadt, Hauptstadt der DDR.

[Ratzmann (Grüne): Ist bekannt!]

– Ich will es trotzdem noch mal wiederholen. – Wir haben seit 1989 eine wiedervereinigte Stadt. Jetzt denken Sie einmal daran, was 1990 hier passiert ist! Wir haben eine Stadt gehabt, die zusätzliche Aufgaben in Hülle und Fülle erhalten hat.

[Zuruf des Abg. Wieland (Grüne)]

Frau Dunger-Löper

- (A) – Hören Sie doch einmal zu, was ich aufführen will! – Wir hatten eine Stadt, in der ungeheuer viele neue Aufgaben herangewachsen sind und gleichzeitig aber die Mittel massiv gekürzt worden sind.

[Zackenfels (SPD): Von wem?]

Ich erinnere hier nur, was aus der damaligen Hauptstadt Bonn auf uns herabgeregnet ist.

[Beifall bei der SPD]

Es waren nicht die blühenden Wiesen und Felder, sondern das Hahn-Abdrehen für die Stadt Berlin, auch wenn man ihr später dann die Hauptstadtfunktion und den Regierungssitz zurückgegeben hat.

Vizepräsidentin Michels: Frau Dunger-Löper! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hahn?

Frau Dunger-Löper (SPD): Nein! Ich gestatte keine Zwischenfrage.

Wenn man diese rasante Entwicklung wirklich fast wie in einem Reagenzglas noch einmal betrachtet, müssen wir natürlich auch sehen, dass das Spuren hinterlassen hat, die wir heute überall noch spüren. Wir haben mit der Geschichte dieser Stadt umzugehen. Aber – damit wende ich mich vor allen Dingen an Sie – wir dürfen uns natürlich auch nicht von dieser Geschichte strangulieren lassen, indem wir immer nur rückwärts schauen, sondern müssen nach vorn sehen, müssen den Mentalitätswechsel tatsächlich vollziehen und diese Stadt zu einer Stadt der Zukunft machen!

[Beifall bei der SPD – Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Deshalb ist es notwendig, eine strategische und konzeptionelle Ausrichtung für die Stadt zu entwickeln, die an den Zukunftsaufgaben – Stadt des Wissens und soziale Stadt – orientiert ist. Dieser Weg bedeutet Konzentration auf Kerne, aber – jetzt zitiere ich einmal den Regierenden Bürgermeister – das bedeutet natürlich auch die Beschreibung von Posterioritäten, das heißt Einschnitte an anderer Stelle, die unbequem sind.

(B)

[Wieland (Grüne): Welche zum Beispiel?]

Wir haben kleinste Kostproben bei den letzten Haushaltsberatungen bereits erlebt. Da ist Ihnen allen hier ganz schön das Fracksausen gekommen. Das wollen wir an dieser Stelle nicht leugnen!

Der Senat hat aber, das muss man auch sagen, diesen Weg der Zukunftsorientierung beschritten. Es ist ein harter Weg, der auch nicht von heute auf morgen die ganz großen Erfolge schon produziert. Wir wissen, er hat sich auf den Weg gemacht und hat auch den Mut, hier etwas voranzutreiben. Diesen Mut übrigens verlangt es auch von seinen Unterstützern.

[Beifall bei der SPD – Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Wir wissen alle, dass es zu diesem Weg, insbesondere wenn wir uns um die dringend notwendige Entlastung von Bund und anderen Ländern bemühen wollen, keine Alternative gibt.

[Wieland (Grüne): Was kommt denn nun?
Mutig wäre es zu sagen, was kommt!]

Wir müssen – daran müssen wir arbeiten und nicht nur am Tag vor der Bundestagswahl – diesen Weg mit den Bürgern dieser Stadt gemeinsam gehen, die Entscheidungen für sie transparent und nachvollziehbar machen und neue Wege der Partizipation entwickeln.

[Frau Jantzen (Grüne): Fangen Sie doch einmal damit an!]

Es liegt eine große Aufgabe vor uns. Verzetteln wir uns darüber nicht mit kleinlichem Gezänk. Der Wahlkampf ist morgen vorüber, vorerst jedenfalls. Lassen Sie uns gemeinsam diese Arbeit angehen. Die Aufgabe braucht die Unterstützung aller! – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Vizepräsidentin Michels: Danke schön! – Für die FDP-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Dr. Lindner! – Bitte schön!

(C)

[Liebich (PDS): Gibt es keine anderen Abgeordneten? –
Doering (PDS): Kennen wir doch alles schon!]

Dr. Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich ganz kurz in den verbleibenden Minuten rekapitulieren, was wir hier gerade von Frau Dunger-Löper gehört haben.

[Hoff (PDS): Müssen Sie uns das alles noch mal erzählen?]

– Regen Sie sich doch nicht jetzt schon auf. Sie werden gleich noch Grund erhalten – kein Problem!

Frau Dunger-Löper, wenn Sie sich ausgerechnet hier über den Termin heute beschweren, muss ich mich natürlich schon besonders wundern. Hätten Sie unserem Antrag auf Hauptausschuss am Donnerstag stattgegeben, wie es geboten gewesen wäre, hätten wir uns das heute in der Tat ersparen können.

Was haben wir von Herrn Liebich gehört? Es war ein großer historischer Abriss darüber, wer in dieser Stadt die Schuld daran trägt, dass die finanzielle Situation so ist, wie sie sich darstellt. Ansonsten gab es keinerlei Auseinandersetzung mit dieser Liste. Das Einzige, was Sie tun, ist zu sagen, dass Sie diese Liste nicht wollen.

Was Sie aber wollen, bleibt im Dunkeln. Die Wählertäuschung, von der ich vorhin sprach, nimmt ihren zweiten Teil. Sie weigern sich, sich mit der Liste auseinanderzusetzen. Das Einzige, was Sie immer sagen, ist, dass die Kitagebühren nicht zu 100 % erhöht werden. Sie sagen nichts, aber auch gar nichts, wie Sie zu anderen Einsparungen kommen wollen.

Damit komme ich zu Ihnen, Herr Regierender Bürgermeister! Heute ist Weltkindertag, habe ich gerade gehört. Vielleicht haben Sie sich insoweit ein wenig Mühe gegeben, kindgerecht zu reden. Sie verwechseln manchmal auch ausschweifend mit ausführlich. Aber auch bei Ihnen ist nicht ansatzweise klar geworden, welchen Weg der Haushaltskonsolidierung wir eigentlich mit Ihnen gehen sollen. Sie haben auch wieder gesagt, dass es eine Liste gibt.

(D)

[Gaebler (SPD): Sie haben nicht richtig zugehört!]

Ein kleines, subalternes Verwaltungsbeamtchen hat diese böserweise herausgegeben. Sie haben gesagt, der Senat habe sie noch nie gesehen, diese Liste.

[Doering (PDS): Erzählen Sie doch einmal etwas Neues!]

Ich frage mich aber, warum seit einem halben Jahr darüber gesprochen wird. Warum haben Sie sie nicht auf die Senatssitzung setzen lassen? Warum haben Sie das nicht getan?

Vizepräsidentin Michels: Herr Dr. Lindner! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Nolte?

Dr. Lindner (FDP): Nein! Ich habe keine Zeit! – Welche Haushaltskonsolidierung sollen wir mit Ihnen gehen? Was haben wir denn bisher erlebt? Wir haben nicht nur einen Haushalt, der verfassungswidrig ist, sondern der vor allen Dingen Makulatur ist. Sollen wir mit dem Doppelhaushalt 2002/2003 weitergehen? Den gibt es doch eigentlich schon gar nicht mehr!

[Beifall bei der FDP]

Wir haben diese Liste. Die Liste soll aber auch nicht wahr sein. Ich frage Sie allen Ernstes, welchen Weg wir mit Ihnen gehen sollen. Wir würden ihn ja gern mit Ihnen gehen. Wir haben auch als einzige Fraktion ganz konkrete Vorschläge unterbreitet. Wir haben uns ganz konkret mit dieser Liste auseinandergesetzt. Sie stellen sich nun hin und sagen: Haushaltskonsolidierung! Zackig! Aber wie das gehen soll, sagen Sie nicht. Es soll nicht die Liste sein, nicht der Doppelhaushalt.

[Wowereit (SPD): Die FDP nicht!]

Sonst hören wir nichts.

Dr. Lindner

(A) Dann wundere ich mich natürlich schon, wenn ich Sie ruhig frage, ob Sie die Kitagebühren unter 100 % erhöhen wollen. Sie reagieren nicht emotional, sondern nachgerade hysterisch und beschimpfen mich. Dann sagen Sie doch, dass Sie das ausschließen, oder bestätigen, dass Sie die Gebühren etwas anheben. Sagen Sie doch irgendetwas, wie Sie diesen Haushalt konsolidieren wollen! Das Einzige, das ich bemerkenswert fand, war, dass Sie Verständnis für die Direktkandidaten der PDS geäußert haben. Das bestätigt den Eindruck, dass Sie zulassen, dass diese den Leuten irgendwelchen Unsinn erzählen, um ihr soziales Theater weiterspielen zu können, ohne sagen zu müssen, wo Sie eigentlich hier stehen. Das ist alles!

[Beifall bei der FDP]

Wenn Sie, Herr Regierender Bürgermeister, auch noch meinen, die Berliner Landespolitik verlassen zu müssen, wundere ich mich natürlich schon. Da trauen Sie sich etwas. Meinen Sie, Sie würden heute auch noch einen Brief vom US-Präsidenten erhalten, der mit „Dear Klaus“, beginnt? Wirklich? Sie hätten heute Morgen einmal Condoleezza Rice, die Sicherheitsberaterin des US-Präsidenten, hören sollen, die erklärte, wie vergiftet das Klima durch Vergleiche der Justizministerin des US-Präsidenten, des Sohnes unseres Ehrenbürgers, mit Adolf Hitler inzwischen ist.

[Mutlu (Grüne): Was hat das damit zu tun?]

Das muss man sich einmal vorstellen!

[Liebich (PDS): Wovon reden Sie eigentlich?]

Da fangen Sie an, uns irgendwelche Dinge vorzuhalten, die übrigens geklärt sind.

Rot-Grün hat nach vier Jahren abgewirtschaftet.

[Beifall bei der FDP und der CDU]

Wir haben denselben Stand in der Arbeitslosigkeit wie vor vier Jahren, als wir – das sage ich Ihnen auch ganz ehrlich – als CDU-FDP-Regierung mit Recht abgewählt wurden. So werden Sie morgen auch mit Recht abgewählt werden!

(B)

[Beifall bei der FDP und der CDU]

Rot-Rot ist bereits nach neun Monaten am Ende. Da ist doch auch nichts Substantielles mehr übrig. Das Einzige, was weiterhilft, ist eine Regierungsbeteiligung – sowohl hier als auch im Bund – der Freien Demokraten.

[Gelächter bei der PDS]

Wir sind die Einzigen, die eine Alternative in der Steuerpolitik hier und im Bund bieten. Wir bieten eine Alternative in den Bereichen sozialer Sicherungssysteme. Wir erkennen Bildung als Priorität an, und zwar im Bund und auch hier!

[Beifall bei der FDP –

Gaebler (SPD): Westerwelle oder Möllemann?]

Wir sind die Einzigen, die bereit sind, auch hier in Berlin ganz klar zu sagen, wohin die Reise auch haushaltspolitisch geht und wohin nicht. – Vielen Dank!

[Beifall bei der FDP]

Vizepräsidentin Michels: Danke schön! – Für die PDS-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Herr Krüger!

[Wieland (Grüne): Jetzt kommt das Kontrastprogramm!]

Krüger (PDS): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Für die PDS-Fraktion stelle ich fest: Die aus der Verwaltung lancierte Liste ist kein Maßstab politischen Handelns, weil sie sozial nicht verantwortbar ist.

[Beifall bei der PDS]

Dies ist die Position der PDS, und dies ist eine der Kernaussagen der vorliegenden Entschließung der rot-roten Koalitionsparteien. Herr Dr. Lindner, ich habe mir erlaubt, dies hier mit Verweis auf die heutige Debatte im Hauptausschuss zu sagen, aus der Sie sehr unvollständig und gezielt falsch zitiert haben. Wenn Sie

(C) schon Lust haben, im Windschatten dieser Liste zu segeln, Herr Dr. Lindner, dann tun Sie es nicht unter falscher Flagge und bewahren sich auch gegenüber Rot-Rot ein Mindestmaß von politischer Redlichkeit!

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Finanzsenator Sarrazin, den Sie auch mit verstümmelten Zitaten konfrontiert haben, hat heute Vormittag in der Hauptausschusssitzung gesagt: „Diese Liste ist kein Vorschlag des Finanzsenators.“ Warum bewahren Sie sich nicht, Herr Dr. Lindner, ein Mindestmaß an Fairness und Redlichkeit?

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Und warum, Herr Dr. Steffel, fühlen Sie sich so wohl im Windschatten einer Liste, die Rot-Rot bereits lange erledigt hat? Warum, Herr Dr. Steffel, verstecken Sie sich hinter einer Liste, anstatt das schwere Erbe Ihrer eigenen Klientelpolitik zu bewältigen?

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Heute haben Sie zu Recht über die Einnahmeprobleme dieser Stadt gesprochen. Auf der letzten Sitzung forderte Ihre Fraktion eine Absenkung der Gewerbesteuer. Das ist Klientelpolitik, und das wird Rot-Rot nicht dulden, darauf können Sie sich verlassen, Herr Dr. Lindner

[Beifall bei der PDS und der SPD]

– nein, Herr Dr. Steffel – man kann Sie manchmal nicht so leicht auseinanderhalten, aber ich versuche es.

Herr Dr. Steffel! Sie sprachen von einer Beschädigung des Ansehens unserer Stadt. Manchmal – das ist ein Berufsrisiko – neigen Politiker zu einem Syndrom des kurzen Gedächtnisses. Ich denke, eine Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner ist der Meinung, dass Filz und Korruption à la Landowsky das Ansehen dieser Stadt beschädigt haben, dass überflüssige Betonprojekte, die CDU und FDP heute noch wortreich beschwören, dem Ansehen dieser Stadt geschadet haben und eine drückende Bürde für alle Berlinerinnen und Berliner sind. Herr Dr. Steffel, wenn Sie heute den Vorwurf der Wahlkampfshow, den wir Ihnen gemacht haben, beklagen, dann gestatte ich mir, Sie mit einem Beschluss Ihres eigenen Fraktionsvorstandes, dem Sie ja wohl angehören,

(D)

[Zuruf von der PDS: Noch!]

wenn wir uns nicht irren oder Ereignissen vorgreifen wollen, zu konfrontieren. Dort heißt es sinngemäß: Durch die Ablehnung der Einsparvorschläge des Finanzsenators durch SPD und PDS ist die Durchführung der Pläne obsolet. Aber diese Erkenntnis hat Sie offensichtlich nicht daran gehindert, heute eine Show zu veranstalten und der Protagonist eines unredlichen Schauspiels zu sein. Diese Show, Herr Dr. Steffel, ist vorbei!

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Vizepräsidentin Michels: Danke schön! – Für die Fraktion der Grünen hat Herr Abgeordneter Eßer das Wort.

Eßer (Grüne): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist eine etwas merkwürdige Diskussion, die wir hier inzwischen haben,

[Beifall bei den Grünen, der SPD und der PDS]

aus folgendem Grund. Die Regierungskoalition sagt uns, sie hat eine Einsparnotwendigkeit von ungefähr 3 Milliarden € identifiziert. Der einzige Vorschlag, der aus dem Lager von Rot-Rot, vom Senat und aus der Senatsverwaltung zur Erfüllung dieser 3 Milliarden auf dem Tisch liegt, ist diese an die Öffentlichkeit geratene und die Stadt in Aufregung versetzende sogenannte Giftliste. Das sind die Vorschläge, womit das gefüllt werden soll.

[Gaebler (SPD): Die Koalitionsvereinbarung!]

– Nein, nein! – Sie haben an dieser Liste, wie ich festgestellt habe, folgende Korrekturen angebracht. Herr Müller hat gesagt, die Kitas kommen nicht in Frage, Frau Dunger-Löper hat gesagt,

Eßer

(A) die Streichung bei den Unterstützungen der NS-Verfolgten kommen nicht in Frage. Das bedeutet, dass Sie dann einen Ausgleichsvorschlag von etwa 400 Millionen € bis 2008 auf dieser Liste machen müssen. Der Regierende Bürgermeister hat sich andererseits zu einer einzigen Maßnahme bekannt, das ist die Einsparung beim Zoo. Dann kann sich Frau Löttsch demnächst, wenn der Regierende Bürgermeister daran festhält, am Tierpark in Friedrichsfelde anketten, damit die Schließung nicht durchgeführt wird. Dieses ist die eine Ebene, die überhaupt an Inhalten von Ihnen gekommen ist, und sonst wenig.

Dann haben Sie das damit verbunden, dass Sie gleichzeitig gesagt haben, die Liste sei vom Tisch und käme überhaupt nicht in Frage, in der Koalitionsvereinbarung stehe etwas völlig anderes. In der Koalitionsvereinbarung steht aber nichts von der Füllung dieser 3 Milliarden €. Dann haben sie zu uns auch noch gesagt: Wo sind denn Ihre Alternativen zu diesen 3 Milliarden €? – Die Debatte ist heute so gelaufen, dass wir die Einzigen sind, die solche Alternativen benannt haben.

[Beifall bei den Grünen]

Herr Wieland hat sie aufgezählt, ungefähr in der Größenordnung von 1 Milliarde € jährlich. Die haben wir hier gebracht. Sie sagen jedoch, diese Liste akzeptieren wir nicht, Herr Liebich, und macht ihr mal eine Alternative. – Wo ist denn dann Ihre Alternative zu dieser Liste, wenn es diese Liste nicht ist? Die möchte ich dann hier auch einmal hören, wenn wir ernsthaft miteinander sprechen wollen.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Präsident Momper: Herr Kollege Eßer! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Klemm?

Eßer (Grüne): Nein, ich gestatte keine Zwischenfrage, weil das mit der Zeit jetzt schwierig ist.

(B) Als nächstes sagen Sie, diese Liste sei ein Verwaltungspapier, deswegen können Sie damit auch so umgehen. Wir haben Ihnen das hier schon einmal gesagt, aber anscheinend muss man das noch mal machen: Diese Liste hat einen politischen Vorlauf. Schon am 30. Mai sagte Senator Sarrazin in der Nachrichtenagentur dpa, das Land habe Altlasten, auf die wir immer zielen, von Zinsausgaben, Personalausgaben sowie Ausgaben für den Wohnungsbau, die wie Blei auf dem Haushalt liegen. So weit ist die Analyse richtig. Dann kam bei ihm der Schluss, den er daraus zog, er müsse deswegen weitere Kürzungen bei Bildung und Wissenschaft vornehmen. Das war am 30. Mai. Die Liste, wie sie uns vorliegt, ist eine Umsetzung dieser Ankündigung, zu der ich schon während der II. Lesung des Haushalts gesagt habe, hier zeige sich offen das Elend der Haushaltspolitik von SPD und PDS. Statt diesen toten Kosten, die Herr Sarrazin richtig aufzählt, zu Leibe zu rücken – habe ich damals wörtlich gesagt –,

anstatt die haushaltspolitische Strategie zu wechseln, wird den Berlinern eine höhere Dosis der gleichen, erwiesenermaßen unwirksamen und hochgiftigen Medizin angedroht.

Hochgiftige Medizin – ich habe es geahnt, dass daraus eine Giftliste wird. Und zwei Monate später haben wir sie nun hier, zu Ihrem Pech etwas verfrüht, auf dem Tisch.

Dann sagen Sie, diese Listen habe es doch schon immer gegeben. Ich sage dazu, ja, die haben Vorläufer, die hier ausgiebig zitiert worden sind. Ich sage Ihnen ganz persönlich und habe dies auch im Hauptausschuss gesagt: Mir gingen diese Giftlisten schon immer auf den Keks. Sie gingen mir unter Rot-Grün von Frau Krajewski auf den Keks, sie gingen mir während der Koalitionsverhandlungen über die Ampel auf den Keks, als die SPD mit diesen Listen kam, sie gehen mir heute auf den Keks, und zwar deswegen, weil sie eben nicht politisch gesteuert sind, sondern die Pyramide auf den Kopf stellen: Wir machen einen technokratischen Plan, und danach reden wir mal über die politische Bewertung. Herr Liebich, Sie haben uns doch den Neubeginn angekündigt. Wo bleibt denn dieser Neubeginn?

[Beifall bei den Grünen und der FDP]

(C) Sie machen weiter wie bisher und erklären uns, „The same procedure as every year“, und deswegen sei die Sache in Ordnung. Nein, sie ist nicht in Ordnung. Wenn wir wirklich in eine Haushaltskonsolidierung, die die Bevölkerung mitnimmt, einsteigen wollen, die diese Verunsicherung und diese Schranke für den Mentalitätswechsel nicht erzeugt, darf es Listen von dieser Sorte eben nicht mehr geben, sondern dann fängt man das anders an. Dass Sie von der PDS dabei mitmachen, Herr Liebich, entgegen allen Erkenntnissen und Versprechungen aus der Oppositionszeit, und sich gleichzeitig dann noch als Partei der sozialen Gerechtigkeit stilisieren, ist ein Skandal.

[Beifall bei den Grünen und der FDP]

Man kann hier auch nicht den Eindruck erwecken – das ist schon gesagt worden –, die Berliner Regierungspolitik werde nicht vom Senat, sondern von Abteilungs- und Referatsleitern gemacht, von denen man dann erzählt, sie würden Kabarett betreiben oder Ähnliches, also seine Beschäftigten auch noch beschimpft. So weit ist die politische Anarchie in Berlin selbst unter Ihrer Führung noch nicht vorangeschritten. Es ist so gewesen, dass Herr Sarrazin aus handverlesenen Referenten eine Arbeitsgruppe gebildet, diese persönlich eingesetzt und persönlich gesteuert hat. Diese hat die Liste erarbeitet. In Wahrheit, sage ich politisch, ist diese Liste nur die konsequente Umsetzung der berechtigten Leitlinie des Regierenden Bürgermeisters, die da lautet: „Sparen, bis es quietscht.“ Sie kennt auch keine Schwerpunktsetzung, sondern da quietscht es überall; diese Liste passt genau zu dem, was Sie als Regierungsleitlinie in der Haushaltspolitik ausgegeben haben.

[Beifall bei den Grünen und der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Und wenn Sie das hier in einem ganzen Roten Meer an Dementis zu versenken versuchen und eine Distanzierung nach der anderen von sich geben – die einzige Distanzierung, die wirklich zählt, ist, dass Sie sich hier, jetzt, durch Beschluss des Abgeordnetenhauses von dieser Liste distanzieren

(D) [Liebich (PDS): Hier ist unser Antrag!]

und sich zu Ihren Wahlkampfversprechen, den Zukunftsfeldern unserer Stadt – Bildung, Wissenschaft und Kultur –, bekennen. Und dazu haben wir einen Antrag vorgelegt,

[Doering (PDS): Wir auch!]

der Ihnen dazu Gelegenheit gibt. Diesem könnten Sie zustimmen. Alles andere ist unglaubwürdig. Ihr geschraubtes Ding ist in keiner Weise eine Distanzierung von dieser Liste und wird unsere Zustimmung nicht finden.

[Beifall bei den Grünen]

Jetzt komme ich zu dem, was der Regierende Bürgermeister zu der Klage sagte. Dazu muss ich aber woanders anfangen. – Wenn die Berliner das alles lesen: Tierpark schließen, Opern schließen, Theater schließen, Universitäten schließen, soziale Leistungen von Kindergärten bis zur Hilfe zur Arbeit zusammenstreichen, dann fragen sie sich jedes Mal, und zwar völlig zu Recht: Wohin wandert das Geld eigentlich, dass bei diesem „Streichkonzert“ von SPD und PDS eingespart wird?

[Doering (PDS): Gute Frage! Wie viel Schulden haben wir denn?]

Wofür, fragen die Berliner sich immer lauter, sollen wir diese Opfer eigentlich bringen? Wir alle wissen die Antwort seit dem Haushalt 2003/2003: Sie bringen diese Opfer ausschließlich für den Schuldendienst des Landes. Sie müssen sich nicht wundern: Solange jeder eingesparte Cent im schwarzen Loch der Altlasten aus der Zeit der großen Koalition versenkt wird, werden die Berliner auch in Zukunft nicht bereit sein, zu dieser Sanierung der Landesfinanzierung die nötigen Opfer zu bringen. Der Mentalitätswechsel, den Sie immer anmahnen, aber nicht herbeiführen, wird Ihnen so nicht gelingen.

[Zurufe von der PDS]

Um die Bevölkerung mitzunehmen, ist es deswegen von einer entscheidenden Bedeutung, dass hier ein Insolvenzverfahren

Eßer

- (A) über das Land Berlin eröffnet wird – um es einmal plastisch zu sagen – und eine Entschuldung mit Hilfe der bundesstaatlichen Gemeinschaft durchgeführt wird,

[Zuruf des Abg. Doering (PDS)]

damit die Bevölkerung weiß: Wenn hier konsolidiert wird, ist es auch tatsächlich Haushaltskonsolidierung und nicht Zinszahlung an die Banken. Das ist hier der entscheidende Gesichtspunkt.

[Beifall bei den Grünen]

Und was sagt uns Herr Wowereit dazu? – Herr Wowereit erklärt uns, eigentlich seien die Einnahme- und die finanzielle Situation in Berlin nicht argentinisch, wie Herr Sarrazin sagt, sondern „ganz in Ordnung“. Das haben wir vorhin gehört. Und er sehe deswegen gar keinen Grund, hier eine extreme Haushaltsnotlage zu erklären. Das haben wir vorhin wieder gehört. Solange der Regierende Bürgermeister hier diesen Unsinn erzählt, werden wir diese Verfassungsklage weiterverfolgen, die deutlich macht, dass hier niemand mehr einen verfassungsgemäßen Haushalt aufstellen kann, um Sie mit dieser Maßnahme dazu zu zwingen, endlich das Insolvenzverfahren zu eröffnen.

[Beifall bei den Grünen –

Abg. Hoff (PDS) meldet sich zu einer Zwischenfrage.]

Da können Sie, Herr Doering, mir erzählen, was Sie wollen – auf den Regierenden Bürgermeister kommt es an, und dieser sagt das Gegenteil von dem, was hier aus der PDS-Fraktion an Zwischenrufen kommt.

Präsident Momper: Herr Kollege Eßer! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hoff?

Eßer (Grüne): Nein! Ich habe jetzt die neunte Minute geredet und kann noch knapp über zehn reden. – An Herrn Strieder, der hier jetzt nicht sitzt, geht die Frage:

- (B) [Da sitzt er doch! von der PDS]

Wann werden Sie sich endlich zu einem Verzicht auf die Anschlussförderung im sozialen Wohnungsbau durchringen? – Das fragt Sie selbst der Finanzsenator. Die Bauherren und die Banken – das haben wir schon einmal gesagt – werden diesen Vorschlag zwar nicht besonders schön finden, aber wir Grüne fragen uns immer wieder: Warum sollen für die Haushaltssanierung eigentlich immer nur die Schwachen bluten?

[Doering (PDS): Und die Mieter?
Die sind doch die Schwachen!]

Und da geht es – Herr Sarrazin hat es heute im Hauptausschuss gesagt – um 300 Millionen € pro Jahr in den ersten Schritten. Und auf lange Sicht bekommt man aus diesem Haushalt noch über 1 Milliarde € heraus. Und da quälen Sie uns, Herr Doering, mit Tierparks, geschlossenen Opern und der Beschädigung unserer Wissenschaftslandschaft, und solche Schritte werden unterlassen!

[Doering (PDS): Bleiben wir doch mal bei den Mietern!]

Ich rede über Pakete, in denen diese beiden Seiten zusammengebunden sind. Aber ich rede nicht über Ihre Listen usw. aus dem Hause Senat, die Schlagseite haben und diese Verbindung nicht herstellen.

[Beifall bei den Grünen]

Präsident Momper: Herr Kollege Eßer! Würden Sie bitte zum Schluss kommen!

Eßer (Grüne): Ich gehe die ganze Liste unserer Vorschläge nicht durch, sage aber noch etwas zu Herrn Wowereit. Er hat sich dazu verstiegen zu behaupten, der Senat habe bislang

keinerlei Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung verschoben. Wann dürfen wir denn Ihr neues Personalkonzept und die Einführung des zentralen Stellenpools erwarten? (C)

Präsident Momper: Herr Kollege Eßer! Würden Sie bitte jetzt zum Schluss kommen?

Eßer (Grüne): Ich komme zum Schluss! Ich rede jetzt die elfte Minute. Ich hatte vorher noch zehn, und es gab einen Zuschlag.

Präsident Momper: Nein, Herr Kollege Eßer, Sie hatten neun Minuten! Jetzt sind wir bei elf Minuten. Ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen!

Eßer (Grüne): Dann sage ich diese drei Sätze trotzdem noch, bitte! – Wann dürfen wir das Personalkonzept erwarten? Sie haben es auf nächstes Jahr vertagt. Dasselbe haben Sie mit dem Facility-Management gemacht, und dasselbe haben Sie mit dem Beteiligungsmanagement gemacht – alles auf das nächste Jahr vertagt. So geht es nicht!

Wir haben hier einen Antrag vorgelegt, der hat sechs präzise Kriterien für die Ausgaben-, aber auch für die Sparschwerpunkte, die diese Regierung eigentlich teilen müsste. Wir bitten darum, diesem Antrag zuzustimmen. Damit würden wir die Berliner Haushaltspolitik mit einer richtigen Leitlinie auf solide Füße stellen. – Vielen Dank!

[Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Hoff (PDS)]

Präsident Momper: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aktuelle Stunde hat damit ihre Erledigung gefunden. Die Große Anfrage ist begründet, beantwortet und besprochen worden. (D)

Ich rufe jetzt die Anträge auf. Wir beginnen mit der Abstimmung über den Antrag der Fraktion der Grünen über Haushaltskonsolidierung statt Giftliste, Drucksache 15/811. Wer diesem Antrag der Fraktion der Grünen die Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön! Die Gegenprobe! – Letzteres war die Mehrheit der Regierungsfaktionen und der FDP. Gibt es Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe sodann auf den dringlichen Antrag der Fraktion der FDP über Der Gesamte Senat soll sich seiner Verantwortung stellen, Drucksache 15/812. Wer diesem Antrag der Fraktion der FDP seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Das war die Mehrheit der Regierungsfaktionen und der Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Bei Enthaltung der Fraktion der CDU ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Ich rufe sodann auf den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS über Annahme einer Entschließung zu Berlins Finanzen in Ordnung bringen – Handlungsspielräume für die Zukunft sichern –, Drucksache 15/813. Wer diesem Antrag seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön! Die Gegenprobe! – Ersteres war die Mehrheit der Koalitionsfraktionen gegen die Oppositionsfaktionen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Antrag damit angenommen.

Wir sind am Ende unserer heutigen Sondersitzung angelangt. Die nächste reguläre Sitzung findet am 26. September 2002 um 13.00 Uhr statt. Die Sitzung ist damit geschlossen! – Danke!

[Schluss der Sitzung: 12.38 Uhr]

(A) Anlage

(C)

Beschluss des Abgeordnetenhauses

Berlins Finanzen in Ordnung bringen – Handlungsspielräume für die Zukunft sichern

Berlin befindet sich in der finanziell schwierigsten Situation seit 1949. Erste Konsolidierungsschritte der vergangenen Jahre wurden durch die Folgen der – auch durch den Spendenskandal offenbar gewordenen – Bankenkrise wieder zunichte gemacht. Dies verschärft die ohnehin dramatische Situation. Um die politische Handlungsfähigkeit Berlins mittelfristig zu sichern, muss der Haushalt strukturell in Ordnung gebracht werden. Das Abgeordnetenhaus steht deshalb in dieser Legislaturperiode vor außerordentlichen Aufgaben und Entscheidungen, die sich in vielen Bereichen der Stadt auswirken werden.

Angesichts der ernststen Herausforderung für die Berliner Politik tragen alle Fraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus eine besondere Verantwortung. Diese verbietet es, auch in Wahlkampfzeiten, mit den Sorgen und Ängsten der Berliner Bevölkerung sachlich unbegründete parteipolitische Kampagnen zu betreiben.

Maßstab politischen Handelns können und werden nicht in die Medien lancierte Auflistungen sein, die in der Senatsverwaltung für Finanzen aus rein fiskalischer Sicht erarbeitet wurden, weil auch in Zeiten knappster Kassen der Berliner Haushalt sozial verantwortlich sein muss. Hierfür muss mit den Berlinerinnen und Berlinern eine gesellschaftliche Diskussion über die gemeinsamen Kraftanstrengungen geführt werden.

Das Abgeordnetenhaus hat mit den Richtlinien zur Regierungspolitik die Handlungs- und Gestaltungsschwerpunkte gebilligt und damit eine Prioritätensetzung vorgenommen. Dazu gehören neben der Haushaltssanierung auch der gesamte Bereich der Bildung sowie Kultur und Wissenschaft als herausragende Standortfaktoren.

Der Senat wird aufgefordert, auf dieser Grundlage gemeinsam mit dem Abgeordnetenhaus weiterhin den Dialog in der Stadt über die notwendigen Strukturreformen und Veränderungen der staatlichen Aktivitäten und öffentlichen Finanzierungen zu führen. Ziel des politischen Handelns ist es, dass die Berlinerinnen und Berliner die notwendigen Veränderungen mittragen, um so gemeinsam die Zukunftsfähigkeit der Stadt zu sichern.

(B)

(D)